

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 M. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Abonnements - Einladung.

Mit dem 1. Dezember eröffnen wir ein neues Abonnement auf das

„Berliner Volksblatt“

mit der Gratisbeilage

„Illustrirtes Sonntagsblatt.“

Der Abonnementspreis des

„Berliner Volksblatt“

mit der wöchentlichen Gratisbeilage

„Illustrirtes Sonntagsblatt“

beträgt für Berlin pro Monat 1 Mark 35 Pf., pro Woche 35 Pf.

Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungs-Expeditoren, sowie von der Expedition unseres Blattes, Zimmerstr. 44, entgegen genommen.

Für außerhalb nehmen alle Postanstalten Abonnements für den Monat Dezember gegen Zahlung von 1 M. 34 Pf. an.

Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“.

Die Reaktion in Deutschland

Schreit rüstig weiter. Unersättlich sind die Klassenbewußten Vertreter des Großgrundbesitzes in ihren Forderungen, welche demselben zu Ungunsten der übrigen Klassen der Bevölkerung Vorteile verschaffen sollen.

So liegt jetzt die Denkschrift vor, welche im Auftrage der „Pommerschen ökonomischen Gesellschaft“ dem Reichstagskanzler, dem Bundesrath und dem Reichstage überreicht wird und die „Nothlage der Landwirtschaft“ mit den üblichen Uebertreibungen schildert. Doch das wollen wir für heute dahingestellt sein lassen, da wir diese Uebertreibungen schon mehrfach im „Berliner Volksblatt“ zurückgewiesen und die Ursache, weshalb manche Grundbesitzer bis über die Ohren in Schulden stecken, angeführt haben.

Uns sollen vielmehr die Forderungen der Denkschrift beschäftigen, die in der That mit einem unparlamentarischen Ausdruck bezeichnet zu werden verdienen. Halten wir aber an uns und sagen nur, daß dieselben maßlos und dem Gemeinwesen verderblich sind.

Nachdem durch die jüngsten agrarischen „Errungen“, durch die Zölle auf Produkte der Landwirtschaft dem gesammten Volke und besonders auch den Arbeitern schwere Lasten zu Gunsten der Großgrundbesitzer auferlegt worden sind, geht es letzteren so wie dem Löwen, der Blut

geleckt hat — der Appetit ist angeregt. So fordert die erwähnte Denkschrift unter anderem:

Ein Nothgesetz, welches auf drei Jahre alle landwirthschaftlichen Zölle (also auch auf Getreide, Hülsenfrüchte, Speck, Schmalz, Fleisch u. s. w.) ganz gleich, ob diese Zölle in der vorigen Session des Reichstages schon erhöht worden sind, verdoppelt.

Wer an die traurige Komödie denkt, welche in der vorigen Session des Reichstages sich in Bezug auf den Zolltarif abspielte, der wird sich eines Schauders nicht erwehren können, wenn er einen solchen Antrag liest, der sich gegen die Lebensinteressen der Nation richtet und dennoch leider Aussicht auf Erfolg hat.

Phrasen des Volkswohls und das warme Herz für die Arbeiter führen sie dann sämtlich im Munde, Konservative, Liberale und ein Theil der Nationalen und doch stimmen sie im agrarischen Klasseninteresse gegen das Volksinteresse und doch einigen sie sich in diesem Punkte hinter den Konserven, während sie sich in der Öffentlichkeit mit Vorwürfen überhäufen und sich „prinzipiell“ bekämpfen.

Wahrlich man ist zu glauben geneigt, daß dasselbe Spiel mit dem Volke noch einmal getrieben werden soll — der Anfang ist durch die Denkschrift gemacht und das Ende kann durch die konservativ-liberal-nationalliberale Allianz erfolgen.

Die agrarische Denkschrift verlangt unter anderem noch folgendes in Bezug auf den Spiritus. Die Exportvergütung pro Hektoliter soll von 16 auf 20 Mark erhöht werden; dabei ist aber nicht die Rede von einer Spiritussteuererhöhung an der Quelle, sondern nur von einer hohen Konsumsteuer. So sieht man auch hier wieder, daß lediglich der Vortheil der Spiritusbarone gewahrt werden soll, während gerade diejenigen Arbeiter, welche in Frost und Regen zu arbeiten gezwungen sind, ein bei den heutigen Lohnverhältnissen unentbehrliches Genußmittel versteuert und verschlechtert erhalten sollen.

Dies nennt man natürlich: konservative Fürsorge für das arbeitende Volk.

Daß nun bei der Forderung einer Erhöhung der Spiritusprämie bei der Ausfuhr auch auf die Kolonisation Bedacht genommen wird, damit der Schnapstrinkende Regier zur milchgebenden Kuh für die Großgrundbesitzer in Deutschland gemacht werde, ist nicht sonderlich auffallend, jedoch legt diese Kombination Zeugniß ab von dem christlichen Wesen, von dem unsere Agrarier erfüllt sind.

Sagen wir nun noch, daß neben anderen vorgeschlagenen Steuern die Konsumsteuer auf Spiritus dazu verwendet werden soll, die Zuckerindustriellen zu unterstützen,

also meist Aktionäre und Großgrundbesitzer, dann erkennt man so recht das Klasseninteresse, für welches die Herren kämpfen.

Wo bleibt bei solchen Vorschlägen die Sozialreform, wo bei solcher projektirten Verwendung der Steuern die Altersversorgung der Arbeiter? Es ist sonderbar, daß, da die Denkschrift auch das Staatsmonopol für den Vertrieb von Spiritus verlangt — die Produktion soll natürlich Monopol der Grundherren verbleiben —, sie nicht auch das Tabakmonopol fordert, deren Erträge natürlich gleichfalls im Interesse der Grundbesitzer dann verwendet werden müßten. Diese Forderung hätte ja nur einen quantitativen Unterschied von der Forderung, daß das Steuererträgniß aus der Spirituskonsumsteuer den Grundbesitzern zukommen soll. — — —

Nun, wir wollen hoffen, daß die reaktionären Bäume nicht in den Himmel wachsen, doch haben wir immerhin große Besorgniß für eine erneute Volksbelastung. Der Wille hierzu ist vorhanden; die Regierung hat bei solchen Fragen meist auf Seiten des Grundbesitzes gestanden, der Reichstag aber ist in den Händen der Interessenten und auch meist zu schwach, dem Anbrängen der Reaktion zu widerstehen.

Die einzige Rettung vor dem immer weiteren Anwachsen der Reaktion liegt im Volke selbst, möge das Volk seine Macht bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körpern, besonders bei den Wahlen zum Reichstage, immer mehr zum richtigen Ausdruck bringen.

Politische Uebersicht.

Zur Förderung der Hochseefischerei soll der Reichstag 100 000 Mark bewilligen, welche Zeitungsnachrichten zufolge theils der Emdener Heringsfischereigesellschaft, theils anderen ähnlichen Gesellschaften zustehen sollen. Daß durch die Unterstützung solcher größeren Gesellschaften für die gesammten Staatsbürger ein Vortheil erzielt werden könnte, will uns nicht einleuchten. Die noch selbstständigen Fischer Deutschlands besitzen zumest außer ihrem kleinen Fahrzeug noch ein Häuschen oder doch etwas Land, welches sie sich mit großer Fähigkeit oft Generationen hindurch erhalten haben; die geplante Staatssubvention ihrer größeren Konkurrenten würde diese kleinen Leute bald aus ihrem Besitz vertreiben, weil sie schwerlich lange gegen die bevorzugte Konkurrenz aufkommen könnten. Hieraus kann der Reichstag unmöglich seine Hand bieten wollen. Es heißt nun zwar, dem Volke werde durch die „Förderung“ der Hochseefischerei ein billiges Nahrungsmittel zugeführt werden, aber an diese Botschaft kann man schwer glauben, da die Herren, welche uns dieselbe verkünden, gleich hinzusetzen, daß zum Schutz der deutschen Fischerei ein höherer Zoll auf Perlen eingeführt werden müsse. Das Volk hätte also von der Subventionierung der Fischerei-Gesellschaften nicht den

Feuilleton. Die Hand der Nemesis.

Roman

von
Ewald August König.

(Fortsetzung.)

„Schlimm oder nicht, ich überbringe solche Briefe nicht gern. Sie wissen ja, daß ich die Pension erhalte, wenn Herr Rabe sie mir entzieht.“

„Die Pension empfängt Ihr doch von der Generalin!“

„Wenn Herr Rabe sie mir entziehen will.“

„Dann wird die Generalin nicht darauf eingehen, das muß man kennen. Den Thaler habt Ihr rasch verdient, in einer guten Stunde könnt Ihr wieder hier sein.“

„Sie wünschen, daß ich sofort gehe?“

„Ja.“

„Wenn ich dem Herrn begegne.“

„Damit hat's keine Gefahr. Rabe ist in der Stadt und hat die Taschen voll Geld, heute Abend wird wieder gespielt, das muß man kennen.“

„Sögernd nahm Frau Siebel den Brief, der Lohn, so gering er auch war, reizte ihre Habgucht.“

„Wird die Generalin möglicherweise eine Frage an mich richten, die sich auf den Inhalt des Briefes bezieht?“

„Sagte sie. Ich muß das wissen, damit ich mich auf die Antwort vorbereiten kann.“

„Salob Hochmuth nahm eine Priese und schüttelte den Kopf.“

„Wenn sie über den Brief mit Euch reden will, so sagt nur, Ihr wähtet nichts davon, verstanden?“ erwiderte er.

„Und wenn sie Euch über mich ausforschen will, so sagt Ihr die Wahrheit, so grob sie auch herauskommen mag.“

„Die Generalin kennt Sie also nicht?“

„Wohl nur aus der Beschreibung, die Rabe ihr gemacht hat.“

„Und es ist Ihnen ganz gleichgiltig, wie die gnädige Frau über Sie denkt?“

„Julius Tullius, was geht mich die gnädige Frau an? Geirathen will ich sie nicht, und wenn Ihr bei der Wahrheit bleibt, dann kann sie nur denken, daß ich ein grober, aber ehrlicher Mann sei. Also Ihr geht fogleich?“

„Ja, ich will gehen,“ nickte Frau Siebel, trotz des ab-rathenden Blicks ihrer Tochter, die an diesem Auftrage keinen Gefallen fand.

„Jakob Hochmuth schürfte ihr noch einmal Vorsicht und Verschwiegenheit ein, dann ging er hinunter, um seinen Ratten zuzusehen.“

Apollonia zündete bald darauf die Lampe an und setzte sich mit ihrer Arbeit an den runden Tisch.

Das Herz war ihr so schwer bedrückt, eine bange Ahnung sagte ihr, daß die Katastrophe, von der ihr Vater gesprochen hatte, nahe bevorstehe.

Und wenn diese Katastrophe plötzlich hereinbrach, welche Folgen hätte sie? War es nicht möglich, daß diese Folgen Werner zwangen, die Verlobung zu lösen?

Und selbst geseht, sie war dann schon seine Frau, konnte dieses Ereigniß nicht einen Riß in die Ehe bringen, den Frieden für immer vernichten und die Gatten von einander trennen?

Wer gab ihr Antwort auf diese Fragen, eine Antwort, die sie beruhigen und ihre Besorgnisse beseitigen konnte?

In dieser düsteren, sorgenvollen Stimmung traf Werner sie, als er kam, um den Abend mit ihr zu verplaudern.

Sie empfing ihn mit einem gezwungenen Lächeln, es war ihr unmöglich, ihm eine unbefangene, heitere Miene zu zeigen.

„Wo ist Deine Mutter?“ fragte Werner, nachdem er neben seiner Braut Platz genommen hatte. „Aber was ist Dir denn? Ist etwas Unangenehmes vorgefallen?“

„Wermir schlug Apollonia vor dem fortschreitenden Blick ihres Verlobten die Augen nieder; sie durfte ihm ja die Wahrheit nicht sagen.“

„Mama ist ausgegangen,“ erwiderte sie.

„Und was fehlt Dir, mein Kind?“

„Nichts. Mein Vater war heute Nachmittag hier.“

„Dat es Standal gegeben?“

„Nicht im Kaiserntesten. Er war nüchtern und sehr anständig.“

„Forderte er Unterstützung?“

„Nein, er wollte mich wiederssehen.“

„Und mit Deiner Mutter sich ausfühnen?“

„Vielleicht — ich weiß es nicht.“

„Ich glaube, es ist besser, die Beiden bleiben auseinander,“ sagte Werner kopfschüttelnd. — „Wer einmal dem Trunke ergeben war, dem helfen alle guten Vorsätze nichts, über kurz oder lang tritt die Versuchung wieder an ihn heran, und dann kommt ein schwacher Augenblick, in dem er nicht widerstehen kann.“

„Wir wollen das abwarten, Werner,“ sagte das Mädchen in begütigendem Tone, „vielleicht ist er doch stark genug, der Versuchung zu widerstehen. Könnte ich die Versuchung vermitteln, so würde ich.“

„Du kannst es nicht, und es ist besser, Du machst auch den Versuch nicht,“ unterbrach Werner sie. „Die Erinnerungen aus früherer Zeit würden immer wieder den Zankapfel zwischen die Beiden werfen und einen dauernden Frieden unmöglich machen. Will Dein Vater später uns besuchen, so werde ich ihn, so oft er kommt, freundlich aufnehmen, vorausgesetzt, daß er seinen guten Vorsätzen treu bleibt; ich schäme mich des schlichten Arbeiters nicht, und darum achte ich Dich nicht weniger hoch.“

„Für diese Worte danke ich Dir von ganzem Herzen,“ erwiderte Apollonia, indem sie ihren Verlobten umarmte und küßte. „Ich wußte ja, daß Du so denken würdest.“

„Zweifelste Deine Mutter daran?“

„Ich habe mit ihr nicht darüber geredet, sie kennt ja auch Deinen ehrenwerthen Charakter.“

„Wohin ist sie gegangen?“

„Sie hatte einen Ausgang zu machen, von dem sie wohl bald zurückkehren wird,“ erwiderte Apollonia ausweichend, und das letzte Wort war kaum über ihre Lippen, als Frau Siebel eintrat.

Reichel, Pfleger, Witt, Wilbrandt, v. Kalkstein (Klonowen), Seibert, Trimborn, Graf Ademann, Freiherr v. Aretin, Freiherr v. Kettler und Freiherr v. Wöllwarth.

Lokales.

Von der Berliner Studentenschaft. Mit Unruhe und Befremden sieht man in Berlin sich einen Umschwung in dem Gebahren der Studentenschaft vollziehen. Berlin, die jüngste Universitäts-Deutschlands — erst vor Kurzem hat sie das 75jährige Jubiläum ihres Bestehens gefeiert — ist naturgemäß die mächtigste. Die Zahl der Immatrikulierten beziffert sich in runder Zahl auf 4000; aber in der großen Stadt verschwinden selbst diese Tausende. Im Gegenlag zu jenen Universitäten, als deren Typus Jena und Heidelberg betrachtet werden können, wurde in Berlin eifrig gelernt. Wenn man sich anderweitig als Fuchs die Hörsäle abgelaufen, kam man hierher. Zwar einzelne Korps und Burschenschaften hatten ihre Verbindungslokale, man schwor das Besondere nicht ab, und auch der Schläger wurde in Ehren gehalten; aber die Hauptsache blieb doch das Studium, und auch die ganzen Jahre hindurch ist kein einziger Fall zu verzeichnen gewesen, in welchem Berliner Studenten zu hasser Kritik herausgefordert hätten. Die in der Nähe der Universität belegenen Stadtteile mit ihren vielen, von Studenten innegehabten möblierten Zimmern haben zwar den Namen des Quartier latin erhalten; aber äußerlich merkte man nichts davon, und der Nachwächter hatte selten Ursache, sich zu beklagen. Der gelungenste Scherz, welcher von der ganzen Harmlosigkeit des früheren studentischen Lebens zeugt, ist die Einweisung der Kellnerinnen in die Geheimnisse der lateinischen Sprache gewesen, gerade genug, um die Bestellungen auf Seidel und Schnitt in der Sprache des alten Rom entgegenzunehmen zu können. Nun ist das mit einem Male anders geworden, und jeder Tag bringt neue Beweise dafür, daß eine gewisse Verwilderung eingerissen ist. Die auf der Mensur frisch erhaltenen Verlesungen werden mit Stolz spanien geführt. Geschäfte, die wie Landkarten von Schlägern besetzt waren, sah man wohl hin und wieder in Berlin noch; aber es gehörte doch so etwas zu den Seltenheiten; heute kommt es unausgesetzt vor, daß man Studenten begegnet, von denen man sich entsetzt abwendet. Wenn sie wenigstens zu Hause blieben, bis die Wunden ein wenig vernarbt sind. Aber das Studententum, welches sich das ritterliche zu nennen beliebt, geht entgegen selbst der ärztlichen Vorwarnung, unmittelbar vom Herbandsplay wieder hinaus unter das Volk und zeigt sich mit ungenügenden Lippen und Nasen, mit blutgetränkten Watterverwunden und Pflasterstreifen. Wer ein wenig sensibel ist, erregt bei solchem schauerhaften Anblicke die Flügel, Damen werden davon oft so berührt, daß sie auf Tage eine Erinnerung nicht los werden können und Schaden an ihrer Gesundheit davon tragen. Es ist neuerdings Mode geworden, sich mit einem Schmiss nicht zu begnügen. Nicht mehr durch Geschicklichkeit und Gewandtheit auf der Mensur unvertegt hervorzugehen, ist das begehrenswürdige Ziel. Es gilt denjenigen, welche gern renommieren, als besonders ehrenvoll, den Klängen der Gegner möglichst viele Hiebe abzuladen. Man sieht manchmal Studenten, die schnurstracks aus einem Sezessionsaal gekommen zu sein scheinen. Das sind die passiven Bebelligungen des Jubiläums. Aber eine gewisse Klasse von Studenten geht auch zu aktiven Ausschreitungen über. Das kürzlich im Ostendtheater etwa 80 Studenten das Einschreiten der Polizei notwendig machten, ist bekannt. Es wurde „Robelle“ gegeben. Diesmal waren es die Kunstakademiker, welche in der Erwartung waren, daß das Stück sich gegen die Künstler richte, hingezogen waren, um Rache zu nehmen. Sie fanden sich gekaufte. Die „Robelle“ sind ein harmloses Nachwerk, das mit der Kunst und den Künstlern nichts zu schaffen hat. Aber die Mühe des Besuchs des Theaters sollte nicht umsonst gewesen sein, und so riefen sie denn die Vorstellung und das den Zusammenhang nicht abnehmende Publikum in so inabwendiger Weise, daß schlechte Schurleute im Theater postirt bleiben mußten und der Polizei-Vorsteher ein halbes Duzend Verhaftungen vornahm. Ebenso schreibt der Direktor des Amerikan-Theaters, Herr ... eines Hauses, in dem trotz des dort gepflegten höheren Wohlstandes, es stets sehr anständig zugeht, daß am Donnerstag etwa 50 Studenten sein Haus besetzten und so freivol lärmten, daß mit Hilfe der Polizei und des Hauspersonals sie gewaltsam hinausgeworfen werden mußten, und daß zwei Verhaftungen vorgenommen wurden. — Gleichzeitig wird gemeldet, daß auf einer Studentensesselsitzung, der Einweisung eines neuen Mitglieds, es so lustig zugeht, daß schließlich Gläser und Flaschen mitten in der Nacht nicht nur auf das Straßengpflaster geschleudert, sondern daß sie direkt und absichtlich gegen die Köpfe der unten haltenden Drohschleusen geschleudert wurden. Auch hier mußte die Polizei einschreiten, wußte sogar der Lieutenant geholt zu werden, und das Lokal gewaltsam räumen. — Anrempelungen während der Studenten gehören schon seit längerer Zeit nicht zu den Seltenheiten. Kurzum, die Studentenschaft, von der man früher nur selten etwas hörte, scheint in Berlin eine „Kolle“ spielen zu wollen. Ob mit Erfolg und auf die Dauer

das möchte billig bezweifelt werden. Es mußte so kommen, es war unausbleiblich. Im Jahre 1879 fing man an, die Studenten aus ihrem Verberufe hineinzuziehen in den Kampf des Tages. Bis in die Hörsäle der Universität trug Prof. Ad. Wagner seinen Appell an das junge Deutschland. Er und Stöcker und das „Deutsche Tageblatt“ proklamirten den Satz: Wir stützen uns auf die Jugend. Der Satz vom „Ungermanentum“ wurde ihnen so oft vorgesprochen, bis sie ihn glaubten. In dieser Weise wurde ein Geist in die studierende Jugend hineingetragen, der seiner Zeit oft beklagt worden ist. Es wurde ein unbedingtes Selbstbewußtsein in sie hineingetragen. Der Hörsaal wurde leerer, die Versammlung voller. Nach außen drang der Ruf von den veränderten Verhältnissen. Heidelberg brauche nicht allein das Vorrecht zu haben, daß der Student und sein obligator großer Hund terrorisiren durfte. Man konnte es auch in Berlin versuchen. Mittlerweile sind die Versammlungen à la Bismarck eingeschlagen; in den öffentlichen Lokalen duddelt man den Hausfriedensbruch nicht; die einmal entfaltete Redau-Lust sucht nach einem andern Felde und glaubt es nun zu finden, indem sich der jugendliche Uebermuth, der keine Grenzen kennt, gegen das Bürgerthum wendet. Es muß natürlich ausdrücklich betont werden, daß der hier erhobene Vorwurf sich selbstverständlich nur gegen einen Bruchtheil der Berliner Studentenschaft richtet; aber dieser Bruchtheil macht sich eben in lästiger Weise bemerkbar. Es kann den früheren Redaktoren der Universität der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie der deutlich wahrnehmbaren Verwahrlosung nicht energisch entgegengetreten. Natürlich wird dem Uebel abgeholfen werden, einfach durch die Bewohner Berlins selbst. Hier imponirt der junge Romby nicht, auch wenn er die Universität besucht und sich einbildet, zu den Gebildeten zu gehören. In Jena mag der Direktor des Theaters glücklich sein, wenn die Studenten überhaupt ins Haus kommen. Hier ruft man die Polizei und läßt Ruhestörer hinauswerfen. Und sie werden über kurz oder lang wieder in die beschriebene Sphäre zurückverworfen werden, die ihnen gebührt. Einstweilen aber machen sie sich, wie die „A. M. B.“ sehr richtig bemerkt, lästig bemerklich. Die Früchte der im Jahre 1879 inszenirten Agitation sind gereift. Sie werden eine nach der anderen jetzt vom deutschen Volke eingeerntet. Aber besonders jubiliren braucht man darüber nicht.

g. Sehr interessante Auslassungen über die Armen Berlins befinden sich in den armenärztlichen Jahresberichten, welche von den städtischen Centralstelle zusammengestellt sind. Wir lassen hier einige folgen: Aus der von Anderen besichtigten Beobachtung eines Armenarztes, der in 14jähriger Funktion viele Tausende von Patienten im Norden und Süden der Stadt behandelt hat, „daß er noch keinen Armenkranken übernommen, der auf Gymnasium oder Realschule das Abiturienten-Examen gemacht hat“ — wird der Schlussatz gezogen, „daß höhere Schulbildung sich als Schutzwall erweise gegen evidente Verarmung, wenigstens gegen das Verfallen des also Unterrichteten in die öffentliche Armenpflege“. ... Kurzsichtigkeit erschwert oft ärztliches Wirken auch bei Armen und verlängerte die Krankheitsdauer. ... Die Wohnungen sind oft Mieths-Kasernen, in denen die Armen Trockenwohner spielen. Der öffentlichen Armenpflege würden viele Kosten erspart, wenn neugebaute Häuser bis zum Trockenstein unbewohnt bleiben müßten. An sich gute Wohnungen werden nur zu oft unsauber gehalten, ungenügend ventilirt. ... Auf armenärztliche Anregung wurde eine Untersuchung der Wandhöfe der Lichtböfe in der Friedrichstraße, Reparatur eines Brunnens in der Greifswalderstraße, Reupflasterung und Regulirung des Hofes, zeitweilige Kontrolle der Keimlichkeit, Schluß des Brunnens in der Hamburgerstraße, Anschluß an die Kanalisation in der Hochstraße, sowie vielfache Desinfizirungen polizeilich angeordnet. ... Was die Krankheiten anbetrifft, so sind akute und chronische Lungenerkrankungen, vor allem Lungenemphysem, in allen Monaten am meisten notirt. Mit Ausnahme weniger Sommermonate verursachten sie die größte Krankthätigkeit und Sterblichkeit. ... Mehrfache Beobachtungen zeigten, daß Geschwister nacheinander an Keuchhusten, Masern, Diphtherie erkrankten. Ein Scherlach lagen öfter zusammen Mutter und 2-3 Kinder, an Diphtherie mehrfach 4-5 in einer Familie. Nach Genus des Trinkwassers aus dem Hofbrunnen erkrankten in einem Hause (Hamburgerstraße) vier Personen am Typhus.

r. Das Verhängen der Schaufenster an den Sonntagen und namentlich während der Abendstunden ist für die betreffenden Ladeninhaber bei der gegenwärtig beginnenden Weihnachtsgeschäftzeit eine ebenso unbequeme, wie gern entbehrte polizeiliche Anordnung. Das die Straßen durchwandelnde schau- und laustlustige Publikum, von dem ein großer Theil nur des Sonntags Zeit, und insolge der an dem Sonnabend Abend erfolgten Lohnung auch Geld hat, sucht die Vorhänge zu entfernen, um sich, bevor es den Laden betritt und die Verkäufer unnütz belästigt, zunächst wenigstens einigermaßen über die zum Verkauf ausgedienten Gegenstände zu orientiren. Vor den Spielwaarenläden macht das kleine Publikum jedes Verhängen des Schaufensters einfach dadurch illusorisch, daß es hinter den Vorhang kriecht und diesen auch

wohl, wenn er gar zu unbequem ist abreißt. Am besten wäre, wenn man die betreffende Polizei-Verordnung für den Monat Dezember suspendirte; denn an Sonntagsruhe ist in dieser Zeit in unseren Straßen doch nicht zu denken, auch nicht, wenn man die Schaufenster vernagelte, und die Ladeninhaber sparen eine Menge Scheerereien und Ärger.

r. Wenn zwei das Gleiche thun, ist's nicht das Gleiche! Der Inhaber eines hiesigen sogenannten Eintragungsbüreaus pflegt sehr genau die neuesten Entscheidungen des Reichsgerichts zu studiren und aus den Präjudizien möglichst Vortheil für seine Klienten zu schlagen. Vor einiger Zeit ließ er nun, daß nach einer Entscheidung des Reichsgerichts eine mittelst Stempels hergestellte Unterschrift (soz. Kaffsimile) unter einer Urkunde einer schriftlich vollzogenen Unterschrift in ihren rechtlichen Wirkungen gleich zu achten sei. Nun hatte der erwähnte Herr einen ziemlich werthlosen Wechsel erhalten, dessen Betrag er einzulösen versuchen sollte; jetzt fiel ihm ein, daß auf der Rückseite desselben zwischen dem Indossamenten sich auch der Stempel einer hiesigen unbedenklich zahlungsfähigen Firma befand. Galt der Stempel als Unterschrift, so würde ein solcher auf der Rückseite des Wechsels die Bedeutung eines Blanko-Giros haben, und die Firma zur Einlösung des Wechsels verpflichtet sein. Allein mit der angestregten Wechsellage wurde der kluge Herr abgewiesen. Die verklagte Firma wendete ein, die Abdrückung des Stempels habe nur den Zweck gehabt, den Platz für die Einfügung einer Nummer zu bezeichnen, unter der der Wechsel in das Wechselbuch eingetragen wurde; die Absicht, ein Blanko-Giro zu vollziehen, hätte der betreffende junge Mann der Firma, der den Stempelabdruck machte, nicht gehabt, sei dazu auch garnicht legitimirt gewesen. Das Amtsgericht I erkannte, wie erwähnt, auf Abweisung der Klage, da es den Beweis, daß der Stempelabdruck als Giro gelten sollte, nicht für erbracht hielt und die Frage dahingestellt sein ließ, ob bei den präzisen Bestimmungen des Wechselrechts und bei der durchaus formalen Bedeutung der Wechselunterschrift dieser durch einen Stempel oder ein sogenanntes Kaffsimile ersetzt werden könne. — Für Geschäftsleute ergiebt sich jedenfalls die Nothwendigkeit, beim Aufdrücken ihres Stempels auf Wechselformulare vorichtig zu sein.

g. Namenloses Entsetzen der Passanten veranlaßte eine aufregende Scene, welche sich am Sonnabend Abend gegen 7 Uhr auf dem Hagedens Markt abspielte. In demselben Augenblicke, als der Pferdeisenbahnwagen Nr. 447 der Linie Stadtbahnhof Börse-Lügowplatz den Schienenstrang von der Großen Präsidenten- nach der Rosenbalerstraße passiren wollte, um sich nach dem Depot zu begeben, kam in rasendem Galopp von der Neuen Promenade das vor einem Rößelwagen von Neumeister, Auguststraße 74, gespannte Pferd, welches dem Führer durchgegangen war, dahergeirant. Der ganz unvermeidliche Anprall der beiden Fuhrwerke war ein so heftiger, daß der eine Theil des Scheerbaums in den Pferdeisenbahnwagen drang und zerbrach, während das Pferd des Rößelwagens, die Barriere des Vorderperrons durchbrechend, auf den Vorderperron stürzte und so den Aufsitzer des Pferdeisenbahnwagens, welcher auf dem Vorderperron stand, in die größte Gefahr brachte, von dem herumschlagenden Pferde getroffen zu werden. Das Publikum sprang sofort herbei; nachdem man erst den Aufsitzer befreit hatte, brachte man mit vieler Mühe das Pferd vom Vorderperron herunter und war nicht wenig erstaunt, dasselbe vollständig unbeschädigt zu sehen. Der Pferdeisenbahnwagen war derartig beschädigt, daß er außer Betrieb gestellt werden muß. Als ein großes Glück war es zu bezeichnen, daß der Pferdeisenbahnwagen keine Passagiere hatte, das Unglück wäre ganz unberechenbar gewesen.

Wasserstand der Spree in der Woche vom 15. bis 21. November. (Angabe in Metern.)

Tage	15.11.	16.11.	17.11.	18.11.	19.11.	20.11.	21.11.
Am Oberbaum	2,35	2,36	2,37	2,37	2,36	2,37	2,37
Dammühle							
Oberwasser	2,31	2,32	2,32	2,33	2,33	2,33	2,35
Dammühle							
Unterwasser	0,88	0,90	0,91	0,91	0,91	0,90	0,88

Polizei-Bericht. Am 27. v. M. Vormittags stürzte auf dem Neubau Kastanien-Allee 87 der Maurer Löwe bei der Arbeit im 4. Stock in Folge Ausgleitens auf den mit Glatteis bedeckten Ballen auf die Ballenlage des 3. Stockes hinab und erlitt dabei eine derartige Verstauchung des Kreuzes und Genickes, daß er nach der Barriere gebracht werden mußte. — Am 28. v. M. Vormittags fiel der Arbeiter Schäfer auf dem Neubau Poppstr. 2 beim Bestiegen einer Leiter von derselben herab und zog sich eine Verletzung am Unterleib zu. — An demselben Tage Nachmittags wurde eine Dame beim Ueberfahren des Fahrdammes am Kreuzungspunkt der Rosenbaler- und Linienstraße von einem Schlächtermagen erfasst und zu Boden geworfen und brach dabei den linken Arm. — An demselben Tage Abends fiel ein Mann an der Oranienbrücke in der

„Sie sind vielleicht zu schwächern.“
„Ich möchte Keinem raten, ein solches Ansinnen an mich zu stellen,“ sagte Werner in barschem Tone.
„Ah bah, allzu gewissenhaft darf man auch nicht sein,“ erwiderte Rabe achselzuckend, „und gerade Ihre Stellung bietet zu solchen Nebeneinnahmen die reichste Gelegenheit. Sie könnten zum Beispiel einen reichen Mann, dem eine ansehnliche Unternehmung droht, rechtzeitig warnen, er würde Ihnen dafür vielleicht eine namhafte Summe zahlen.“
„Und ich würde mit Schimpf und Schande entlassen,“ spottete Werner, „das wäre in der That ein einträgliches Geschäft.“
„Entlassen?“ wiederholte Rabe lächelnd. „Dann hätten Sie es allerdings dumm angefangen. Man warnt auch nicht Leben, sondern nur Solche, von denen man mit Sicherheit weiß, daß sie schweigen können. Ich würde darin wirklich nichts finden, Herr Sekretär, thun Sie es nicht, so thun es Andere, es sind eben nicht alle so peinlich gewissenhaft.“
„Und ich wiederhole Ihnen, daß ich ein solches Ansinnen, von welcher Seite es auch kommen möchte, energisch zurückweisen würde,“ erwiderte Werner, betroffen über den selbstamen, bedeutungsvollen Blick, den Frau Siebel in diesem Momente mit dem Gutsbesitzer wechselte.
„Sie sind zu pedantisch, aber die Absicht, Sie zu einer Pflichtverletzung überreden zu wollen, liegt mir fern. Glauven Sie, daß ich etwas für sie thun kann?“
„Ich wüßte wirklich nicht.“
„Ich kenne den Herrn Präsidenten persönlich.“
„Wenn Sie gelegentlich mit ihm reden und ein gutes Wort für mich einlegen wollen, so werde ich Ihnen dafür sehr verbunden sein. Er hat bereits von einer Gehaltsverhinderung gesprochen, er hat mir auch andere Anerbieten gemacht, die ich aber nicht annehmen mochte.“
„Welcher Art sind sie?“ fragte Rabe rasch.
„Ich spreche nicht gern darüber.“
„Dann glaube ich es zu errathen. Sie sollen in die Behauptung eintreten, nicht wahr?“

Werner schwieg, der Gutsbesitzer erhob sich und nahm seinen Hut.
„Ich würde Ihnen auch davon abrathen,“ sagte er, „es ist ein Amt, welches keinen Dank einbringt. Sobald ich mit dem Herrn Präsidenten zusammen komme, werde ich mich Ihrer erinnern, ich wünsche guten Abend.“
Frau Siebel hatte eine Kerze angezündet, sie begleitete ihren Gast. Draußen auf dem Korridor blieb Rabe stehen.
„Aus wie vielen Räumen besteht ihre Wohnung?“ fragte er.
„Außer jedem Zimmer besitze ich nur noch eine Küche und ein Schlafgemach.“
„Führen Sie mich in die Küche!“
Die ehemalige Wärterin öffnete eine Thüre, Rabe trat rasch in den engen niedrigen Raum.
„Der Mann gefällt mir nicht,“ sagte er, „wenn Sie können, machen Sie die Verlobung rückgängig.“
„Was fürchten Sie von ihm?“ fragte Frau Siebel bestürzt.
„Er wird der erste sein, der uns verräth, sobald ihm die Gelegenheit dazu geboten wird.“
„Das kann ich nicht glauben.“
„Sie denken wirklich, er werde uns warnen?“
„Ja denn die Gefahr schon so nahe?“
„Man kann nie wissen, wie der Tag endet,“ erwiderte Rabe ernst, „die unerwartete Rückkehr Palm's und seine Verhaftung sind wohl geeignet, ernste Besorgnisse zu wecken.“
„Sie waren ja Ihrer Sache so sicher, Sie sagten mir, Palm werde nichts verrathen.“
„Liebe Frau, mit Sicherheit läßt sich da nichts behaupten. Palm wird schweigen, er hat es mir versprochen, aber er rechnet auch mit Sicherheit darauf, daß er freigesprochen wird. Nun sind leider alle Beweise gegen ihn, und es ist sehr wahrscheinlich, daß die Richter ihn verurtheilen. Was dann?“
„Auch dann würde ein offenes Geständniß ihn nicht befreien.“
„Er könnte diese Hoffnung doch hegen und durch sie zu einem Geständniß sich bewegen lassen. Dann wäre

Ihr liebenswürdiger Schwiegersohn mit seinem engen Gewissen —“
„Ich kann die Verlobung nicht lösen!“
„Dann werden Sie auch auf eine Aussteuer von meiner Seite verzichten müssen.“
Aus den Augen der alten Frau zudte ein flammender Blitz.
„Und wenn ich nun reden wollte?“ fragte sie.
„Sie?“ spottete Rabe. „Sie werden sich hüten!“
„Ich könnte es dreist wagen, wenn mir gewisse Bedingungen zugestanden würden.“
„In erster Reihe Straßlosigkeit, nicht wahr?“
„Jawohl.“
„Hoffen Sie darauf nicht! Selbst wenn alle beteiligten Personen Ihnen dieselbe zusichern wollten, so hätten Sie dadurch noch nichts gewonnen. Verheimlicht könnte die Sache nicht werden, das Gericht würde eine strenge Untersuchung anordnen und die sämmtlichen Personen verhaften lassen. Und wenn Alle Ihnen versprechen wollten, Einer würde es nicht thun, schon meinerwegen nicht. Sie wissen, wen ich meine, und es muß Ihnen einleuchten, daß ein Geständniß Ihrerseits eine Thorheit wäre, der nur die bitterste Reue folgen könnte.“
Frau Siebel stand in Nachdenken versunken, die Worte des Gutsbesitzers hatten doch einen tiefen Eindruck auf sie gemacht.
„Ich kann die Verlobung nicht rückgängig machen,“ sagte sie noch einmal. „Und wenn Kastenborn mein Schwiegersohn ist, dann wird er auf die Familie Rücksicht nehmen müssen.“
„Bah, darauf gebe ich gar nichts. Diese Beamten opfern ihrer Karriere Alles, sogar die eigene Familie. Verlassen Sie sich darauf nicht, es wäre ein zu schlechter Trost.“
„Ich muß mich darauf verlassen, und außerdem glaube ich auch nicht, daß Palm ein Geständniß ablegen wird. Wußt er doch auch die Folgen bedenken, die dieses Geständniß haben würde. Und Sie werden ja Alles thun, um ihn aus dem Gefängniß zu befreien.“
§(Fortsetzung folgt.)

Trunkenheit dicht vor einem Omnibus nieder, wurde überfahren und erlitt schwere Verletzungen an beiden Unterschenkeln. Er wurde nach der nächsten Sanitätswache und von dort nach Anlegung eines Verbandes nach seiner Wohnung gebracht. — Zu derselben Zeit wurde ein Mann auf seine Hilserufe von Schiffen aus dem Landwehrkanal gezogen. Er wollte, als er sich auf dem Nachhausewege befand, angeblich von zwei jungen Leuten vor dem Hause Reichbergerstraße 44 ins Wasser geworfen sein. — Am 29. v. M. Morgens entstand auf dem Boden des Hauses Friedrichstr. 10 Feuer, welches sich sehr bald dem Dachstuhl mittheilte und schließlich auch die Dachstühle der beiden Seitenflügel in Brand setzte. Die Feuerwehre war mit drei Dampfspritzen und zwei großen Handdruckspritzen über zwei Stunden in Thätigkeit. — An demselben Tage Nachmittags fiel der Arbeiter Tischler, als er in der Köpfnickerstraße einen Pferdebahnwagen während der Fahrt vom Vorderpertron aus verlassen wollte, rücklings von demselben herab und erlitt dabei eine erhebliche Quetschung der Beine des rechten Fußes.

Vereine und Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Steinträger Berlins und Umgegend tagte am Sonntag Vormittag in Silber's Salon, Schwedterstraße 23, unter dem Vorsitz des Herrn Road mit der Tagesordnung: „Der Zweck der Fachvereine“. Der Referent Tischler Herr Köstle führte etwa folgendes aus: Durch alle Lohnbewegungen, vorzüglich durch den verlassenen Generalstreik der Berliner Maurer sei bewiesen, daß die Arbeitgeber alles mögliche aufbieten, um sich den Arbeitern gegenüber zu organisieren und die gerechten Forderungen der letzteren als unredliche hinzustellen. Die Fachvereine der Arbeiter seien dazu geschaffen, die berechtigten Interessen der Arbeiter zu vertreten. Durch die Arbeitgeber hätten den Einfluß dieser Arbeiterorganisationen zu wiederholten Malen kennen gelernt. Der Arbeiter habe seine realen Forderungen nicht zu erbitten, sondern er hat sie zu fordern. Es sei Pflicht aller Arbeiter, sich den Fachvereinen ihrer Branche als Mitglieder anzuschließen, nicht ein Kollege dürfe fehlen. Auch die Steinträger sollten unablässig für ihren Fachverein thätig sein, dann würde durch die Organisation viel zu erreichen sein. Referent führte weiter aus, daß es auch nötig wäre, vorzüglich auch bei den Steinträgern eine Normal-Arbeitszeit einzuführen. Jeder solle suchen immer mehr arbeitslose Kollegen von der Straße zu bringen und dies sei durch Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Auch die Krankenlassen würden dann nicht so viele durch übermenschliche Arbeit erkrankte Arbeiter zu unterstützen haben. Ein Jeder, der in einer Versammlung erscheint, solle die Ausführungen der Redner nicht nur anhören, sondern sie auch beherzigen und darnach handeln. An der Diskussion beteiligte sich zunächst Herr Kennthaler im Sinne des Referenten. Er theilte ferner mit, daß ja einige Baugeschäfts-Inhaber anfangen, mit Maschinen das Baumaterial auf den Bau zu schaffen, um die Steinträger dadurch entbehrlich zu machen; doch solle man sich dadurch nicht schrecken lassen, die Herren Arbeitgeber würden bei Zeiten einsehen, daß die Steinträger Berlins nicht durch Maschinen zu ersetzen sind. Nur Einigkeit sei vor allen Dingen nötig und um diese zu erzielen, sei der Fachverein der Berliner Steinträger gegründet worden, und fordere er (Redner) jeden Kollegen, der noch nicht Mitglied ist, auf, dem Vereine

beizutreten. Herr Jubel legte der Versammlung klar, daß die jetzt bestehenden Fachvereine nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft Gutes schaffen sollen, damit auch unsere Nachkommen eine bessere Existenz haben. Durch eine feste Organisation sei viel zu erreichen, die Fachvereine müßten groß und stark werden, und sollte dann ein Streik ausbrechen, was ja bei den Steinträgern schon dagewesen, so werden diese als eine geschlossene Masse ihre Forderungen zu vertreten wissen und der Arbeitgeber wird dieselben bewilligen müssen. Erst muß jedoch gesät werden und dann wird auch die Ernte folgen. Man solle nicht immer sagen: „Es hilft ja doch nichts.“ Die Unrichtigkeit dieser Ansicht habe das „Berliner Volksblatt“ kürzlich in einem Artikel trefflich bewiesen. Redner empfiehlt Jedem, auf das „Berliner Volksblatt“ zu abonnieren, dasselbe vertrete in jeder Hinsicht die Interessen der Arbeiter. Auch Herr Valentini sprach in diesem Sinne und empfahl ebenfalls das „Berliner Volksblatt“. Hierauf wurde auf einstimmigen Beschluß der Versammlung für einen Kranken Kollegen eine Zellerammlung vorgenommen. Ferner theilte Herr Kennthaler mit, daß die nächste Vereinsversammlung am 13. Dezember Inselstr. 10 bei Schäfer und eine öffentliche Versammlung der Steinträger am 27. Dezember stattfinden wird. Man solle dafür sorgen, daß dieselbe recht stark besucht werde, denn es sei Pflicht der Steinträger Berlins, zum künftigen Sommer schon Stellung zu nehmen, damit ihnen von den Herren Arbeitgebern nicht der Vorwurf gemacht werden kann, sie hätten ihre Forderungen nicht rechtzeitig gestellt. Die Versammlungen werden noch im „Berliner Volksblatt“ bekannt gemacht. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige öffentliche Versammlung der Steinträger Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, den Fachverein zu stärken, damit dieser zu einem gedeihlichen Wachstum gelange.

Zur Tischlerbewegung in Hamburg wird uns von dort geschrieben: Der hiesige Fachverein der Tischler beschäftigte sich in seinen 3 letzten Generalversammlungen hauptsächlich mit der Abänderung des Statuts. Die vorgenommenen Änderungen sind hauptsächlich die folgenden: 1. Vortrennung des Vereins vom Verband der Tischler- (Schreiner-) Vereine. 2. Herabsetzung der Beiträge von 50 Pf. monatlich auf 5 Pf. wöchentlich. 3. Ermäßigung des Einschreibegeldes von 40 Pf. auf 10 Pf. Was man mit diesen geringen Beiträgen von wöchentlich 5 Pf. alles bestreiten will, ist wirklich staunenswerth: 1. Rechtschutz. 2. Erweiterung der Bibliothek. 3. Reiseunterstützung für durchreisende Kollegen. 4. Sterbegeld für „hilfsbedürftige Mitglieder“. 5. Vergütung an den Vorstandsmitglieder und Kassier (pro Monat zusammen 11 M.). 6. Bei Abhaltung jeder Versammlung sind 6 M. Salmiethe zu zahlen. 7. Jede Versammlungsangelegenheit in der Zeitung kostet 5 bezw. 10 M. 8. Soll noch von den Beiträgen extra ein Streikfonds reserviert werden. — Wie man dabei auskommen wird, scheint den meisten Mitgliedern, welche für diese Aenderungen gestimmt haben, selbst nicht recht klar zu sein. Bei Festsetzung der Höhe der Beiträge fehlte es durchaus nicht an Humor in der Versammlung, so war z. B. ein Antrag eingegangen, dahin gehend, alle 14 Tage nur 5 Pf. Beitrag zu erheben. Dieser Antrag wurde denn auch von Herrn Heim gang ernsthaft motiviert, um — von der Versammlung abgelehnt

zu werden. Die größte Heiterkeit erregte jedoch der keine monatlich nur 5 Pf. Beitrag zu erheben und dabei jeden Mitglied, welches länger als acht Tage arbeitslos ist, eine wöchentliche Unterstützung von 18 Mark zu zahlen. Diese charakteristisch ist es, daß die Gegner des Verbandes nachdem ihnen die Vortrennung des Fachvereins vom Verbande gelungen ist, versuchen, die Verbandsmitgliedschaft in einer anderen Weise beizubehalten. Der Antrag, eine Stelle für den Verband zu errichten, wurde gerade von den Verbandsmitgliedern entschieden bekämpft und dann auch von der Versammlung abgelehnt. Alsdann beantragte Herr Heim mann, daß die Vereinsmitglieder monatlich 30 Pfennige zahlen sollten, die dann der Vereinsvorstand an den Verband abzuliefern habe. Auch gegen diesen Antrag machten die Verbandsmitglieder entschiedene Front. Sie erklärten, daß der Fachverein, da er sich nun einmal vom Verbande losgetrennt habe, sich um diesen überhaupt nicht mehr kümmern solle und daß es scheine, als wenn man schon einsehe, daß der Beitritt aus dem Verband ein Fehlgriff sei, der jetzt durch alle Winkeltüge wieder gut gemacht werden solle. — Wenn aus der Verband unter den obwaltenden Verhältnissen nicht ganz den Zweck erfüllt habe, den er erfüllen sollte, so wäre es die Aufgabe aller Kollegen, in Orten, wo der Anschluß an den Verband erlaubt, oder wie in Hamburg schon erfolgt sei, an der Zentralisation festzuhalten. Es wurde beschlossen, in acht verschiedenen Stadtteilen Bezirksstellen für den Verein zu errichten und für jede derselben ein Hilfskassier zu ernennen. Auch ein Ausschuss wurde gewählt, der die Verhältnisse der Arbeits-Angelegenheiten zu überwachen hat. Einmal wurde noch beschlossen, in den Generalversammlungen des Vereins keine neuen Mitglieder aufzunehmen, damit nicht durch einen Massenübertritt „unaufgeklärter Leute“ ein Gewaltakt vollzogen werden kann. — In der letzten Versammlung des Vereins wurde noch bekannt gemacht, daß das Mitglied Falkenberg, welches hier mit der Einlassung der freiwilligen Beiträge für die auswärts streikenden betraut worden, ohne abgerechnet zu haben von hier fortgereist ist. Falkenberg ist derselbe nach Berlin gereist. Die in seinen Händen befindliche Summe dürfte sich, wie in der Versammlung mitgeteilt wurde, auf 100 bis 150 Mark belaufen. Sollte Falkenberg irgendwo auftauchen, so wäre es im Interesse der Sache geboten, seinen Aufenthalt sofort hier bekannt zu geben. Der Vorstand des Vereins ermächtigt wurde, die Angelegenheit, sobald die Höhe der an F. abgelieferten Gelder genau festgestellt ist, der Staatsanwaltschaft anzuzeigen.

Große öffentliche Volksversammlung Dienstag, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr, im „Louisenstädtischen Hause“, Alte Jakobstraße 37. Tagesordnung: 1) Was ist der neugebildete Verein für Volksbildung? 2) Disziplin. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. Die Begründer des Vereins sind hiermit eingeladen.

Bezirksverein des werktätigen Volkes der Köpfnickerhauser Vorstadt. Dienstag, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr, in Silber's Salon, Schwedterstraße 23, Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Verlach über: „Schüler, Rabale und Liebe“. Verschiedenes. Fragekasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Versammlung der Platzdeputierten der Zimmerleute Berlins und Umgegend. Dienstag, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr, in Oratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77.

Theater.

Opernhaus.
Heute: Der fliegende Holländer.

Schauspielhaus.
Heute: Der Damenkrieg.

Deutsches Theater.
Heute: Das Fräulein von Sciglière.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Heute: Offenbach-Cyclus. Blaubart.

Residenz-Theater.
Heute: Clara Soleil.

Dallner-Theater.
Heute: Mein Leopold.

Belle-Alliance-Theater.
Heute: Ein Falliment.

Balhalla-Operetten-Theater.
Heute: Don Cesar.

Viktoria-Theater.
Heute: Messalina.

Central-Theater.
Alte Jakobstraße 32. Direktion: Adolph Ernst.
Heute: Zum 121. Male: Die wilde Rabe. Gesangsposse in 4 Akten von W. Mannstädt, Musik von G. Sieffens.

Louisenstädtisches Theater.
Direktion: Joh. Firmans.
Heute: Die Hochzeit des Figaro.

Ostend-Theater.
Heute: Dorf und Stadt.

Königsstädtisches Theater.
Heute: Gastspiel der Altputaner. Die kleine Baronin.

Theater der Reichshallen.
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

American-Theater.
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

Kaufmann's Varieté.
Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung.

Konfordia.
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten und theatralische Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.
Dienstag: Zum 2. Male:
Geld und Liebe,
Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Franz Melcher.
Vor der Vorstellung: Großes Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Wochentags Wochentags 7 1/2 Uhr und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben.

Maehr's Casino.

Dranienstraße 24. Raunynstraße 65a.
Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Auftreten des berühmten Wagon-Tänzerpaars Gschwister Wottit, des Transformationskünstlers Gm. Hisselli, des unromischen Williams, der Wiener Duettisten Gschwister Franke, der Chansonetten Fel. Büren, Lazarini, Krüger, sowie Spezialitäten 1. Ranges. Näheres die Tagesprogramme. Wochentags Anf. 8 Uhr, Sonntags Anf. 6 Uhr.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama.
Das maler. Ober-Italien. Pompei.
Eine Reise durch die sächsischen Schweiz. Dresden. Hochinteressant: Die Grotta-Art. Karolinen-Inseln. a. Reise 20 Pf. Kinder nur 10 Pf. Abonnements.

Täglich: Königsberger Fleck, à Portion 25 Pf.

im Restaurant Skaliherstraße 18 bei Stramm.

Arb.-Bez.-Verein „Süd-Ost“

Mittwoch, den 2. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,
Mitglieder = Versammlung
in der „Urania“, Wrangelstraße 9 u. 10.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Gehrisch über: „Der Soldatenhandel des vorigen Jahrhunderts.“
2. Verschiedenes.
3. Fragekasten.
Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Letzter Termin zur Ablieferung d. Petitionslisten.
120 Der Vorstand.

Fabrik- und Handarbeiter-Verein.

Heute Abend 8 1/2 Uhr
Versammlung
Königsstraße 150—151.
Tagesordnung: 1. Monatsberichte. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Vortrag über: „Kachorganisation.“ Referent Herr Jubel. 4. Verschiedenes.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste sind willkommen.
90 Der Vorstand.

Große öffentl. Versammlung d. Steindrucker u. Lithographen

am Mittwoch, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr,
im Kaiserfaal, Stablflement Buggenhagen (Wortspiel).
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission über den Stand des Streiks bei der Firma Ernst u. Co. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Jur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben. [98]

Fachverein der Tischler.

Am Mittwoch, den 2. Dezember d. J., Abends 8 einhalb Uhr,
Versammlung
Bergstraße 68.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Richter über: „Submissionswesen.“
2. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste willkommen. [101]
1 möbl. Schlafst. zu verm. Muskauerstr. 47, S. I. r. [96]

Prinzenstraße 53.

Winter-Paletots!!
Herren- und Knabenanzüge sowie Damenkleider u. Mäntel im Tuchgeschäft Prinzenstr. 53, gegenüber d. Turnhalle. Theilzahlungen gestattet!

Prinzenstraße 53.

Pränscher's anatomisches Museum

im rothen Schloss
von 9 Morgens bis 10 Abends für erwachsene Herren.
Freitag ganzer Tag Damentag.

Cigarren und Tabake,

Pfeifen und Cigarren-Spitzen in größter Auswahl.
M. Meyer,
Koppenstraße 66, zweites Haus vom Grünen Weg.

Ein kinderloses Ehepaar wünscht ein Mädchen von 2 Jahren an Kindesstatt zu anzunehmen.

Off. erh. u. v. X. Y. Z. 101 Postamt Steglitz.

Jede Art Buchbinderarbeit

wird angefertigt bei R. Rohhardt, Brandenburgische Buchbinder, Mitglied des Arbeiter-Bezirksvereins „Vormärz“.
Eine Schlafst. f. Herrn Mantuffelstr. 37, 3 Tr. 5. Kolonnen.

Arbeitsmarkt.

98 verlangt **Vergolder auf Körbe**
F. Reiss, Brandenburgstr. 23.

Der unentgeltliche Arbeitsnachweiser der Klavierarbeiter befindet sich

Skaliherstraße 18 bei Stramm.

Deutsche Handwerker- und Arbeiter-Notiz-Kalender für das Jahr 1886

Der Kalender ist inhaltlich wiederum bedeutend vermehrt worden. Außer den bisher schon darin enthaltenen Tabellen, Taxifen und Gesetzen (als Brandenburgerische Verordnungen) mit Nachtrag vom 28. Januar 1885, ist nun beigefügt: Das Gesetz über die Freizügigkeit, das Gesetz betr. das Urheberrecht an Kunstwerken, das Gesetz über Marken- und Modellen, Gesetz über Marken- und Modellen, die in der neuesten Zeit eingetragenen Ereignisse nachgetragen. Der Kalender, mit Schreibpapier und Papier für Tagesnotizen ausgestattet, kostet wie bisher **50 Pfennig.**
Auf vielfachen Wunsch ist eine härtere Ausgabe mit mehr Schreibpapier und besserem Einband angefertigt, von der das Exemplar zu 70 Pfennig abgegeben wird.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Die Arbeiterverhältnisse an der Westküste Afrikas.

Vor einigen Tagen meldeten wir, daß die Portugiesen von Könige von Dahomey 1200 „freie Arbeiter“ bekommen und dieselben zum Plantagenbau nach der Insel San Thome gebracht hätten. Hierzu erhält die „Frankf. Ztg.“ von einem Mann, welcher mehrere Jahre an der Westküste Afrikas gelebt hat, die folgenden interessanten Mittheilungen:

... daß es bei dem Vorgang auf Sklavenhandel herauskommt, ist durchaus richtig. In den portugiesischen Kolonien Angola und Benguela herrschen ähnliche, wenn nicht dieselben „Arbeiterverhältnisse“. Die portugiesische Kolonialregierung in St. Paul de Loanda engagirt ihre freien Arbeiter folgendermaßen: Sie giebt den schwarzen Händlern aus dem Innern europäische Importartikel, als Gewürz, Rum, Pulver u. mit dem Auftrage, eine gewisse Anzahl Arbeiter (zumeist 2-500) aus dem Innern für die Expedition gegen Bezahlung zu engagiren. Die Auftragsgeber zahlen dabei ganz genau, daß die Händler, denen sie die oben erwähnte Kommission geben, nichts anderes als Sklavenhändler sind. Letztere kaufen nun Sklaven von den Stämmen im Innern und theilen dabei die ihnen von der Kolonialregierung behufs Anwerbung von Arbeitern gegebenen Artikel mit den Verkauften.

In San Paul und Ambrize werden dann diese Leute zu den öffentlichen Arbeiten, als Wege, Wasser- und Hochbauten, verwendet. Die Regierung sorgt für ihren fargen Unterhalt und giebt ihnen vielleicht auch eine geringe Bezahlung. Wenn diese „angeworbenen“ Neger ihre Tagesarbeit vollendet haben, sammeln sich alle in einem geschlossenen Schuppen, wo sie eng zusammengepackt die Nacht verbringen, um am nächsten Tage wieder ihren erzwungenen Pflichten nachzukommen. Wenn sie nun auch öffentlich in der Arbeit nicht überanstrengt werden, so werden sie doch gezwungen, die Arbeiten zu verrichten. Häufig genug steht man auch Frauen mit ihren Kindern auf dem Rücken beschäftigt. Steine und Körner zu schleppen. Jedenfalls sind diese Weiber mit ihren Männern aus dem Innern fortgeschleppt worden.

Den Weibern dieser Arbeiter scheint es jedoch an der Küste zu gefallen, denn Wenige entlaufen und Viele siedeln sich in der neuen Heimath an, sobald sich die portugiesische Kolonialregierung bewogen fühlt, sie ihrer Pflichten zu entheben, was jedoch erst nach längerer Zeit geschieht. Kehren die Armen in ihre Heimath zurück, so würden sie als geborene Sklaven gelten und vielleicht wieder ihrer Freiheit beraubt werden. Diejenigen, welche einen Begriff von Freiheit bekommen haben, werden sich dem alten Sklavenleben in ihrem Heimathlande nicht mehr aussetzen, obwohl keineswegs immer harte Arbeit damit verbunden ist. Schon allein ein Sklave zu sein, gilt bei den Schwarzen als Schimpf.

Boden und Klima an der Westküste Afrikas begünstigen die Plantagenwirtschaft, allein die dortigen Arbeiterverhältnisse sind ungünstig, denn die Neger der Küstenregionen wie im Innern sind entschiedene Feinde einer geregelten erntlichen Arbeit. Allerdings sind die Löhne dort nach deutschen Verhältnissen sehr niedrig, wenn sie auch für die Bedürfnisse der dortigen Bevölkerung genügen. So erhält z. B. in in den dortigen Gegenden ein Tagelöhner per Monat 15-18 Fard Rango. Geringere oder andere diesem Werthe entsprechende Gegenstände, Rattum oder andere diesem Werthe entsprechende Gegenstände, per Woche 1-3 Fard Rattum und 1-2 Flaschen Rum, per Tag 1 Glaschen Rum oder eine sogenannte Cuttie. Wie sehr die Neger der Arbeit abgeneigt, beweist der Umstand, daß nicht selten ein ganzer Trupp von der Faktorei wegläuft, wenn ihm irgend eine Arbeit gerade nicht behagt und so lieber auf den ihm bereits zukommenden Lohn verzichtet als sich der Arbeit unterzieht.

Nur ein Stamm an der Südwestküste macht davon eine seltene Ausnahme. Es ist dies der Stamm der Cabendas, welcher ungefähr 30-50 englische Meilen nördlich der Kongomündung wohnt. Die Cabendas sind allenthalben in der ganzen Küstengegend südlich vom Äquator als gute Matrosen, Hammerleute, Maurer und Handarbeiter belannt und deshalb neben den Kronegern sehr gesucht. Seine Ausbildung verdankt

dieser Stamm seinem Könige, Mani Bon, der in Bisabon erzogen wurde und die Vortheile der europäischen Zivilisation erkennend, theils Handwerker aus Portugal kommen ließ, um seine Unterthanen in verschiedenen Handwerken zu unterrichten. Auch sandte er seine Leute nach den portugiesischen Kolonien Angola und Benguela, wo sie sich ihre allerdings noch geringen technischen Kenntnisse erwarben. Alle übrigen Stämme der Südwestküste wie die Mosulus, Richicongos, Loangos, Rayumbas und W'Pongwes sind noch sehr weit zurück und nur wenige Individuen dieser Stämme sind, abgesehen von der Beschäftigung als Matrosen, als Handwerker zu gebrauchen.

Die Bewohner von Acrah, El Mina, Lagos und anderer größerer, unter englischer Herrschaft stehender Plätze, sind zwar zivilisierter als manche andere Stämme, allein dem Europäer gegenüber sind sie oft sehr anmaßend, während die von den Portugiesen herangebildeten Neger in allen Stellungen zu gebrauchen sind, ohne daß sie zugleich dem Europäer gegenüber arrogant werden.

Mit Ausnahme der Sanfbariten und Hausas stehen alle diese wandernden Arbeiter in slavischer Abhängigkeit zu ihren Oberen, ohne daß der europäische Arbeitgeber daran etwas ändern kann, da die Arbeitskontrakte nur mit den Häuptlingen abgeschlossen werden.

Ein eigentlicher Sklavenhandel existirt heute nicht mehr an der Westküste Afrikas und soweit derselbe im Innern herrscht, kann er nur durch eine allmählig fortschreitende Zivilisation abgeschafft werden, denn wohin eine gewaltsame Lösung der Sklavenfrage führt, zeigen die Wirren im Sudan, welche hauptsächlich durch die arabischen Sklavenhändler hervorgerufen worden sind.

Auch das sogenannte Loskaufen der Sklaven durch Europäer ist nachtheilig für die Unterdrückung des Sklavenhandels und unter seinen Umständen — von einzelnen Fällen abgesehen — anzuempfehlen. Die Freigebigkeit der Europäer würde die Habgucht der Häuptlinge und Sklavenhändler nur noch mehr reizen und sie zur Herbeischaffung von Sklaven förmlich anspornen.

Zum Schluß möchte ich noch hervorheben, daß die Nachricht, die Assoziation Internationale habe von der spanischen Regierung die Erlaubnis erhalten, Koolies in Sierra Leone anzunehmen, nicht zutrifft. Sierra Leone ist englisches und nicht spanisches Gebiet und die Assoziation bezieht schon seit langer Zeit ihren Bedarf an Arbeitern aus dieser Gegend.

Parlamentarisches.

Die Budget-Kommission begann gestern die Berathung der ihr überwiesenen Theile des Militäretats. Der Kriegminister nahm Veranlassung, der Kommission eine eingehende Mittheilung über die Untersuchung gegen Zahlmeister zu machen. Gelegentlich einer gegen einen Negonklieferanten an einen Zahlmeister in die Hände des Auditeurs gekommen, in welchem der Lieferant Spesen anbietet, wenn der Zahlmeister ihm die Lieferungen zuwendet. Es seien in Folge dessen die Geschäftsbücher des Lieferanten eingesehen worden und habe sich dabei herausgestellt, daß eine große Anzahl von Zahlmeistern die Geschäfte dieser Art betreibt. Der Kriegminister erwähnte hierbei der bisher nicht bekanntem Thatsache, daß der in Rede stehende Armeelieferant während des Krieges von 1870 als Intendantur-Rath im Proviandamt beschäftigt gewesen und mit erheblichem Vermögen aus dem Feldzuge zurückgekehrt sei. Man habe zwar keine formelle Untersuchung gegen ihn einleiten können, aber denselben aus dem Amte entlassen. Er habe demnach unter anderer Firma sein Geschäft begonnen. Der Kriegminister erklärte, die Untersuchung werde mit großer Schärfe geführt, und er sei entschlossen, die Ergebnisse derselben in die Öffentlichkeit zu bringen, um zu verhindern, daß sich ähnliche Uebelstände, wie in anderen Armeen, auch in die deutsche Verwaltung einschlichen. Er werde dabei nach dem Spruchwort handeln: Greif niemals in ein Wespennest, doch wenn Du greiffst, so greife tief. Auf eine Anregung des Abg. Vogens hin theilte der Kriegminister ferner mit, er habe die Auffstellung einer Selbstmordstatistik der Armee angeordnet und werde dieselbe jetzt dem Reichstage vorlegen. Es werde sich dabei heraus-

und sandte der alten Frau das Geld, das diese brauchte, und sich während Ihrer Krankheit zu pflegen; welche liebe, zärtliche Gattin würde sie sein! In zwei, drei Jahren gedachte er einen Hausstand zu gründen und Olga Alexandrowna heimzuführen — die Praxis hätte sich wohl bis dahin gemacht. Nun Adieu, du lieber Blondkopf mit den treuen Augen, Adieu ihr schönen Träumen von Glück und Liebe — in der Provinz Transbaikalien mochte man andere Sorgen haben!

Ein Seufzer entrang sich der Brust des Studenten, während er auf das weiße Mondlicht starrte, das durch das vergitterte Guckloch von einem Fenster in seine einsame Zelle fiel. Er erhob den Blick zu dem engen Fenster und nun war es ihm, als erscheine dort plötzlich eine Hand — im nächsten Augenblicke flog ein Stein, in ein Papier gewickelt, vor seine Füße. Rasch hob er ihn auf, entfaltete das Blatt und las im Mondlicht das Briefchen, das von Olga kam:

„Taras Origoriewitsch, mein süßes Augenlicht, ich lasse Dich nicht verkommen! Ich habe Deinen Dheim hierherberufen und es gelang uns, alles zu arrangiren. Zerreiße Dein Hemd und drehe Stricke aus den Leinwandstreifen. Wenn der Schließer kommt, wirf ihn zu Boden, binde ihm Hände und Füße damit, kneble ihn mit Deinem Luche, er wird keinen Widerstand leisten. Dann nimm ihm Rock und Mütze und verlasse das Gefängniß. Halte Dich im Korridor nach rechts, so gelangst Du zur Treppe, die in den Hof führt. Die Thore sind nicht geschlossen. Solltest Dich die Wachen am äußern Thore um das Lösungswort fragen, so antworte ihnen: „Für den Czaren und das Reich!“ In der Sinaigasse erwarte ich Dich mit einem Wagen, um Dich in ein sicheres Versteck zu bringen. Ich befreie Dich und bringe es mir den Lob. Mein Leben gehört Dir, Taras Origoriewitsch, im Glück und im Unglück.“

Wie er aufjubelte, der blasse Student, der in seinem Orme keinen Schlaf mehr hatte finden können! Es war die höchste Zeit zur Flucht, denn am nächsten Morgen sollte die Reise nach Transbaikalien beginnen. Eine Stunde früher mußte der Schließer kommen, dem Gefangenen sein Brod zu bringen, — mochte er kommen, alle Vorbereitungen zu seinem Empfang waren getroffen!

stellen, daß die Zahl der Selbstmorde in den verschiedenen Armeekorps sehr verschiedene Verhältnisse aufweise, so daß man wohl Eigenthümlichkeiten des Stammes wie der lokalen Verhältnisse als von Einfluß auf die Selbstmorde betrachten könne.

— Die Kommission zur Vorberathung: 1) des von dem Abg. Dr. Reichensperger eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend Abänderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, sowie der Strafprozeßordnung (Berufung); 2) des von dem Abg. Venzmann eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungs- und Strafbast, besteht aus folgenden Abgeordneten: v. Gerlach, Dr. Hartmann, Stellvertreter des Vorsitzenden, Dr. v. Lena, Stellvertreter des Schriftführers, Dr. Marquardsen, Runkel, Robbe, Dr. Reichensperger, Vorsitzender, Rintelen, Saro, Schmidt, Schmieder, Spahn, Schriftführer, Träger, Vierck.

Politische Uebersicht.

Reichsmonopol für den Branntweinhandel? Von offiziöser Seite wurde jüngst versichert, die Branntweinsteuerreform werde „in weit umfassenderer Form“ geplant, als man allgemein vermuthete. Die „Freisinn. Ztg.“ erläuterte diese Andeutung dahin, die Regierung plane ein Reichsmonopol für den Branntweinhandel. Dieselbe Nachricht tauchte im Frühjahr d. J. auf in Anknüpfung an eine Rede, welche Graf Herbert Bismarck von seinen Lauenburger Wählern gehalten und in welcher er u. A. auch das Branntwein-Monopol als erstrebenswerth bezeichnet hatte. — Es wird sich ja bald genug herausstellen, wie weit man in dieser Beziehung zu gehen gedenkt.

Dem Bundesrath ist ein das Reichsgericht betreffender Gesetzentwurf behufs Abänderung des § 137 des Gerichtsverfassungsgesetzes zugegangen, welcher lautet:

Will in einer Rechtsfrage ein Zivilsenat von der Entscheidung eines anderen Zivilsenats oder der vereinigten Zivilsenate, oder ein Strafsenat von der Entscheidung eines anderen Strafsenats oder der vereinigten Strafsenate abweichen, so ist über die Streitige Rechtsfrage im ersten Fall eine Entscheidung der vereinigten Strafsenate einzuholen. — Einer Entscheidung der Rechtsfrage durch das Plenum bedarf es, wenn ein Zivilsenat von der Entscheidung eines Strafsenats oder der vereinigten Strafsenate, oder ein Strafsenat von der Entscheidung eines Zivilsenats oder der vereinigten Zivilsenate, oder ein Senat von der früher eingeholten Entscheidung des Plenums abweichen will. — Die Entscheidung der Rechtsfrage durch die vereinigten Senate oder das Plenum ist in der zu entscheidenden Sache bindend. Es erfolgt in allen Fällen ohne vorgängige mündliche Verhandlung. — Soweit die Entscheidung der Sache eine vorgängige mündliche Verhandlung erfordert, erfolgt dieselbe durch den erweiternden Senat auf Grund einer erneuten mündlichen Verhandlung, zu welcher die Prozeßbeihilfigen von Amts wegen unter Mittheilung der ergangenen Entscheidung der Rechtsfrage zu laden sind.

Dem Entwurf ist eine eingehende Begründung beigegeben zum Nachweis der Bedürfnisfrage und unter Betonung der praktischen Gesichtspunkte, von denen die Regierung bei Aufstellung des Entwurfes ausgegangen ist.

Zum serbisch-bulgarischen Krieg liegt eine Depesche aus Sofia folgenden Inhalts vor: Pirof ist nach lebhaftem Kampfe, welcher den ganzen Tag dauerte, von den Bulgaren besetzt worden. Der Fürst Alexander hielt seinen Einzug in die Stadt. Ein Telegramm aus Belgrad bestätigt diesen Sieg der Bulgaren. Die serbische Armee befindet sich auf dem Rückzuge nach Alpalanka. Im Nischawa-Defile werden starke Verhinderungen angelegt, die Festungswerke von Nisch eilig ausgebaut. Die Bevölkerung nimmt an den Schanzarbeiten Theil.

Inzwischen haben die Mächte dem bulgarischen Ministerium eine Kollektionsnote überreicht, worin der Fürst ersucht wird, dem brudermörderischen Kampfe ein Ende zu machen. Die Worte hatte den Fürsten Alexander telegraphisch aufgefordert, die Bewegungen gegen die Serben einzustellen. — Wie unterm 28. d. M. aus Sofia telegraphirt

Es war noch dunkel, als er kam, der Schließer wartete das Dämmerlicht des Morgens nicht ab. Die Riegel wurden zurückgehoben, der Schlüssel drehte sich im Schlosse, die Thüre öffnete sich und der Kerkermeister trat in die Zelle. Es war eine wahre Hühnengestalt, voll strophender Kraft, mit stark geröthetem Gesichte. Taras Origoriewitsch hatte die Stricke in der Hand und trat auf ihn zu — plötzlich aber hielt er inne.

„Hast Du Familie?“ fragte er den Kerkermeister nach kurzer Erwägung — „Ja.“ — „Eine Frau?“ — „Ja.“ — „Auch Kinder?“ — „Drei.“ — Der Häftling ließ verzweifelt die Arme sinken. „Man wird Dir niemals glauben, daß ich Dich übermächtig habe, ich bin ein Däumling gegen Dich!“ — „Habt keine Bedenken“, sagte der Andere, „die Richter kennen Euch nicht, in einer halben Stunde wart ihr alle abgeurtheilt, wer sollte sich an den Einzelnen erinnern können?“ — „Das mag für die Richter gelten“, erwidert Taras. „Aber der Gefängnißdirektor kennt mich genau, ich habe viel mit ihm verkehrt.“

Der Mann erschauert und eine tiefe Blässe zog sich über sein Gesicht. „Gleichviel“, sagte er nach einer Pause, „ich arbeite mich vielleicht heraus. Ich habe das Geld genommen, das arme Fräulein hat so bitterlich geweint... Macht rasch — sonst wird es zu spät! Und spaltet Euch, seid ihr einmal draußen, dann schlage ich hier Lärm...“

Taras Origoriewitsch schüttelte das Haupt und warf die Stricke in eine Ecke seiner Zelle. „Ich bleibe hier“, sagte er dann, „ich habe weder Frau noch Kind. Mein Loos ist nicht so schwer, daß ich Euch deshalb ins Unglück stürzen sollte.“

Man hörte Schritte im Korridor. „Nun ist's zu spät!“ murmelte der Schließer, eilig der Thür zuschreitend. „Ihr habt die Minute verpaßt...“

Die Thüre fiel bröhnend in's Schloß und die Riegel wurden wieder vorgehoben. Es begann zu dämmern und ein maiter Lichtschein drang durch das Fenster in die Zelle. Taras Origoriewitsch saß wieder auf seiner Bettstatt und starrte vor sich hin.

Fünf Jahre — es war eigentlich keine so lange Zeit und war sein Loos wirklich so bellagendwerth? Wer weiß?

Der Nihilist.

Von Hugo Klein (Wien).

War er ein Nihilist? Der Gouverneur hatte die Tochter des Rectors insultirt, die Studenten demonstrieren gegen ihn, Taras Origoriewitsch schwang mit hundert Anderen den Stock gegen den Gendarmen-Lieutenant, der sich an einem ihrer Kollegen thätlich vergrieff, und nun sah er mit dreißig Anderen im Gefängnisse. Bei einem der Jünglinge fand man sozialistische Schriften, Grund genug, damit Allen als Nihilisten der Prozeß gemacht werde. Das Gerichtsverfahren war ein sehr rasches; große Verbrechen konnte man ihnen nicht nachweisen, dafür war aber auch das Urtheil sehr milde für Aufwürger ihrer Art; auf fünf Jahre wurde ihnen die Provinz Transbaikalien zu Aufenthalt angewiesen.

Fünf Jahre — eine lange, lange Zeit für ein fürmliches Jünglingsherz, das danach glühte, seine Thätigkeit zu belanden, die Ziele seines Ehrgeizes zu erreichen! Mit welcher Begeisterung oblag er den Studien, liebte er seine Wissenschaft, die ihm die Geheimnisse des menschlichen Lebens erschloß! Man fand ihn nur an seinem Arbeitsische bei den biden Büchern, in den Hör- und Segirfälen. Seltene gönnte er sich eine Stunde der Zerstreuung und des Amüsements. Noch ein Jahr und er hatte alle Rigorosen überstanden. Er hatte gedacht, sich dann in Moskau als Arzt niederzulassen, bei seinem Dheim, der ihm die Mittel zum Studium bot. Nun Adieu, ihr lieben Bücher — Adieu der kräftigen Karriere! In der Provinz Transbaikalien ließ sich kein Doktordiplom erwerben.

Sinnend starrte Taras Origoriewitsch vor sich hin und nun erschien vor seinem geistigen Auge noch ein anderes Bild — das Bild eines jungen Mädchens mit kurzgeschnittenem, schblondem Haar, ein schwarzes Käppchen auf dem Haupte. Wie schmad kleidete sie doch die niedliche Astrachan-Mütze! Sie war nicht schön, nur die besten Freunde nannten sie hübsch. Aber die großen grauen Augen waren so gut — ihr Blick war wie ein milder Sonnenstrahl, der das Herz erwärmt. Sie ernährte sich auf reichschaffene Weise als Beherin, sie war ein braves Mädchen, ein treues Kind — so lange die Mutter lebte, ging sie in zerrissenen Schuhen

verlegt, und es wäre zu wünschen, daß er sich bis zur nächsten Demonstration durch Billen aus Haaren phlegmatischer und schätzbarer Personen herabige.

Ueber die Angelegenheit des Direktor Fischer gehen uns noch fortlaufend Nachrichten zu. Wir haben uns hinsichtlich, so weit es im Interesse der Öffentlichkeit liegt, darüber ausgelassen; das Weitere muß nun dem Untersuchungsrichter vorbehalten bleiben. Angezeigt ist es für diejenigen, die über die Manipulationen des Herrn Fischer im Einzelnen etwas Näheres wissen, dies dem Kriminal-Kommissariat zur Anzeige zu bringen. Nur über die schwebende Lotterie der Deutschen Gewerbehalle bleibt noch einiges zu sagen. Herr Rechtsanwalt Dr. Staub hat mitgeteilt, daß die Durchführung der dem Ausschuss konfessionierten Lotterie durch den in der Person des Herrn S. Fischer eingetretenen peinlichen Zwischenfall nicht beeinträchtigt werde. Auch diesmal sind, wie im vorigen Jahre, mehrere werthvolle Hauptgewinne annoncirt worden, die Verrentanten dieser Hauptgewinne sind aber, soviel uns bekannt, so gewirgt gewesen, die gelieferte Waare nur in Kommission zu geben. Erst nach vollständiger Bezahlung wird sie für die Lotterie Eigenthum des Herrn Fischer oder des Ausschusses. Wie sich diese Verrentanten jetzt zu der Lotterie stellen, wissen wir nicht. Eins muß das Publikum, wenn diese staatlich genehmigte Lotterie von dem peinlichen Zwischenfall unberührt bleiben soll, fordern. Es ist in dem Schreiben des Herrn Rechtsanwalts Dr. Staub von dem geschäftsführenden Ausschuss der Deutschen Gewerbehalle die Rede. Wer ist dieser geschäftsführende Ausschuss, aus welchen Personen besteht er? Es ist nur denkbar, daß die Lotterie jetzt noch Erfolg haben kann, wenn an der Spitze derselben Männer stehen, die dem Publikum Gewehr und Sicherheit durch ihre Persönlichkeit bieten. Einen Sprung ins Dunkle wird das Publikum jetzt kaum wagen. Es werden also die Männer, welche die Durchführung der Lotterie jetzt noch in die Hand nehmen wollen, dem Publikum vorstellen müssen.

Gerichts-Zeitung.

B. C. Ein Bild recht weltreicher Schicksale bot eine am Montag vor dem Strafsenat des Kammergerichts in der Revisionsinstanz gegen den Tischlergesellen Orth verhandelte Angelegenheit wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz. Ursprünglich wegen unbefugten Kollektirens angeklagt, wurde D. im Juli vorigen Jahres vom hiesigen Schöffengericht freigesprochen, die Berufungskammer aber hob diese Entscheidung am 29. September v. r. auf, weil das Schöffengericht nicht zuständig sei und erkannte in der Sache selbst als erste Instanz auch auf Freisprechung. Dieses Urtheil wurde nun wieder auf die Revision der Staatsanwaltschaft vom Reichsgericht aufgehoben, welches die Kompetenz des Schöffengerichts feststellte und die Sache in die erkennende Instanz zurückwies. Bei der in Folge dessen stattgehabten anderweitigen Verhandlung wurde folgendes festgestellt. D. veranlagte im Mai 1884 in der Köpenicker Straße hierseits 18 Nebengesellen, Geldbeiträge in eine Liste zu zeichnen, welche die Aufschrift trug: „Sammelliste für den Wahlfonds zur Erzielung streng freisinniger Wahlen für den Reichstag“ und einen Stempel mit der Aufschrift: „Berliner Sozialdemokratie. Das Zentral-Komitee.“ Die eingehenden Beiträge sollten, wie D. angab, in den Wahlfonds der sozialdemokratischen Partei fließen. D. bestitt die Empfangnahme der gesammelten Beträge, bestimmend für den Reichsgericht war aber die Aussage des Tischlergesellen Krautwurst, der schließlich in Aussicht auf ihn wegen seiner Weigerung angewandte Ghilane, Ueber 20 Pf. an D. gegeben habe, ehe er sich von den Sozialdemokraten die Knochen entzwei schlagen lasse.“ (1) Der Reichsgericht — die fünfte Strafkammer Landgerichts I nahm nun weiter an, daß zum Begriff des Einsammelns von Beiträgen im Sinne des Sozialistengesetzes nicht nur das Nehmen und Geben des Geldes, sondern der ganze Komplex der demselben Schlusssatz vorausgehenden Einzelhandlungen, namentlich die Entgegennahme von verpflichtenden Zeichnungen genügt. Auf des § 16 des zzt. Gesetzes habe auch das Berliner Polizeipräsidium am 24. Mai 1881 das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung der Wahl eines der sozialdemokratischen Partei angehörigen Abgeordneten, sowie die Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge verboten. Ueber die Zulässigkeit dieses Verbots hätten aber nicht die Gerichte, sondern die politischen Behörden zu entscheiden. Der Reichsgericht erkannte sonach unter Aufhebung der Entscheidung des Schöffengerichts vom 4. Juli 1884 gegen D. wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz auf 1 Woche Haft und erklärte das von D. empfangene Geld zu Gunsten der Armenkasse der Stadt Berlin verfallen. D. legte O. durch R. v. Freudenthal Revision beim Kammergericht unter folgender Ausführung ein: Das Verbot müsse gar nicht auf den individuellen Fall und sei überhaupt unzulässig, weil es weiter gehe als es das Sozialistengesetz gestalte und überhaupt so allgemein gefaßt sei, daß es sowohl zu Tage getretene Sammlungen, als solche, welche in irgend einer Form unmöglich nach Aufhebung des Sozialistengesetzes veranlaßt werden könnten, verbiete. Rechtsirrtümlich sei auch die Ansicht, daß dem Richter kein Prüfungsrecht dieses Verbots zustehe, vielmehr sei dieses Recht durch Urtheil des Reichsgerichts vom 14. Juli 1880 ausdrücklich anerkannt worden. Das Kammergericht erkannte jedoch den Ausführungen der Oberstaatsanwaltschaft (St. A. Kademann) gemäß auf Zurückweisung der Revision. Das Verbot des Polizei-Präsidiums sei als rechtsverbindlich zu erachten. Allerdings sei durch Reichsgerichtsentscheidung angeordnet worden, daß in derartigen Polizeiverboten die zutreffenden Sammlungen genau zu bezeichnen seien, insofern sei dieser Anforderung auch in vorliegendem Falle genügt worden, da ausdrücklich Sammlungen zum Zweck der Wahl eines sozialdemokratischen Abgeordneten verboten wurden. Ein solches Sammeln sei aber von dem Vorberrichter festgestellt worden.

B. C. Ein „sympathetischer Heilkünstler“ B. war vom Schöffengericht zu Herzfeld und von der Strafkammer zu Kassel wegen sympathetischer, meist durch Auslegen der Hand bewirkter Kur an sechs lebenden Wesen — darunter ein Bürgermeister und eine Kuh“, auf Grund eines besondern „Ministerialausweises“ vom 23./12. 24, welches in Betracht nimmt, daß durch solche Kur oft die Anwendung ärztlicher Mittel verabsäumt wird, zu einer Geldstrafe verurtheilt worden. B. legte hiergegen Revision beim Kammergericht ein, ausführend, daß die zu. Verfügung von 1824 in Rücksicht auf die Gewerbeordnung, welche das Kuriren gestalte, nicht mehr rechtmäßig sei. Das Kammergericht erkannte darauf, daß der Fall der behandelten Kuh ausseide und B. also nicht in 6 Fällen, sondern nur wegen der 5 am Bürgermeister und an 4 anderen Personen begangenen Operationen zu bestrafen sei, da das zu. Verbot, welches übrigens rechtsverbindlich sei, sich nur auf Menschen beziehe. Allerdings könne sich in Gemäßheit der Gewerbeordnung Jedermann mit Heilen von Krankheiten befassen, aber bei diesen angeblich sympathetischen durch Handauslegen bewirkten Mitteln könne der Begriff „Kur“ gar keine Anwendung finden und können dieselben von der Polizei verboten werden.

Ein neuer Vollzugsfall beschäftigte gestern die 3. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts. Dieser Prozeß hat neben diesem Umstand noch deshalb besonderes Interesse, weil die aus Mache wegen erfolgter Entlassung aus der Stelle angebrachte Denunziation ihren Miturheber selbst auf die Anklagebank gebracht hat. Auf derselben nahmen Platz der Buchhalter Willdorf und der Eigentümer des Hauses Belfortstraße 2, Kaufmann Bedrom. C. steter ist geständig, eine Quantität Plasterkeis von der Straße in den Keller seines früheren Pringivals geschafft zu haben, um damit die Wege des kleinen Vorgartens zu bestreuen. Er behauptet und wird

in dieser Angabe durch das Zeugniß des Wittenunzianten Gaudsdiener Eichhorn unterstützt, daß sein dermaliger Pringival ihn zu dieser Wegnahme bestimmt habe. Letzterer, welcher den fraglichen Kies in seinem Garten benutzte, ist deshalb der Anklage zum Diebstahl und der Scherelei angeklagt. Derselbe stellt die Anklage zwar in Abrede, er wird aber vom Gerichtshof auf Grund der Bezeugung des Willdorf und des Zeugnißes des Eichhorn für überführt erachtet. C. steter erhält eine Strafe von zwei, letzterer von vier Tagen Gefängnis.

Eine eigenartige Umgehung des Krankenlaffengesetzes gelangte gestern zur Kognition und Beurtheilung der 87. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts. Bei dem Weigbergerbederger Bach arbeiteten im Mai und Juni cr. 10 Jurichter auf Affordlohn, von denen sechs der freien Hilfsklasse, vier der Ortskrankenlasse angehörten. Am 1. Juni cr. verlangten die Jurichter einen höheren Affordlohn, welchen ihnen Bach mit der Maßgabe bewilligte, daß die vier namhaft gemachten Jurichter — es sind dies die, welche nicht der freien Hilfsklasse angehörten — 16 Pf. pro Woche weniger erhalten, als die übrigen sechs Jurichter. Schöbn Wrennige ist nämlich der dritte Theil des zu zahlenden Krankengeldes, dessen Tragung nach dem Gesetze dem Arbeitgeber auferlegt ist. Staatsanwalt und auch der Gerichtshof erklärten in diesem Abkommen eine Umgehung der qu. Vorschrift des Krankenlaffengesetzes und verurtheilte letzteren deshalb angeklagt, da einer derartigen Schädigung der Arbeiter mit aller Strenge begegnet werden müsse, über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, der 10 Mark für ausreichend erachtet hatte, zu 30 M. ev. 3 Tagen Haft.

Die Götter Griechenlands auf der Anklagebank. Ein Kölner Buchhändler war beschuldigt, in den Monaten Juli, August und September nackte weibliche Thonfiguren, welche öffentliches Vergerniß erregen konnten und erzeugt haben, in den Schaufenstern seines Geschäfts ausgestellt und somit groben Unfug verübt zu haben. Die Corpora delicti bestanden in Nachbildungen der Kunstwerke berühmter Meister; so unter anderem: „Die drei Grazien“ von Thormaldsen; „Apollon“ von demselben Meister, sowie von Kunstwerken Canovas und Darneders. Auch die berühmte Frankfurter „Kriadne“ befand sich darunter. Diese Nachbildungen sind in einer Masse Chromopapier hergestellt, welche die einzelnen Figuren wärmer und lebendiger erscheinen läßt. Bei der königl. Polizeidirektion gingen Beschwerden über die Ausstellung der Statuetten ein; die eine war anonym, die andere mit einem Namen unterschrieben, dessen Träger nicht zu ermitteln war. Daraufhin hatte die königl. Polizeidirektion den Buchhändler aufgefordert, die auch nach ihrer Ansicht anstößigen Statuetten zu entfernen. Diesem Verlangen wurde nicht nachgegeben und so ließ die oberste Polizeibehörde nach nochmaliger Aufforderung die betreffenden Gegenstände durch einen Beamten aus den Schaufenstern entfernen. Inzwischen waren in der „Kölnischen Volkszeitung“ zwei Artikel erschienen, in welchen behauptet wurde, in dem betreffenden Geschäft seien die gemeinsten und obhönlichsten Figuren ausgestellt. Buerst hatte sich die Polizeidirektion an die Staatsanwaltschaft gewandt, war aber von dieser, sowie von der Oberstaatsanwaltschaft abschlägig beschieden und auf den Rechtsweg verwiesen worden. Es wurde nun gegen den Buchhändler ein Strafantrag wegen Anklage von grobem Unfug gestellt, hervorgerufen durch die Ausstellung unzüchtiger, das Schamgefühl verletzender Figuren. Der Vertreter des Staatsanwalts begründete die Klage in folgender Weise. Der Laden befände sich an einer der belebtesten Straßen, in unmittelbarer Nähe von zwei starkbesuchten Schulen. Die Schüler würden durch Beschauen der Figuren geistig und moralisch verderben, auch wende sich der die Strafe passirende moralische Mensch mit Abscheu von den Fenstern weg. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Glander, führte verschiedene Neußerungen größerer Buchhandlungen aus allen Theilen der Monarchie an, welche unbeanstandet diese Nachbildungen von Thormaldsen und anderen Künstlern ausgestellt haben und verkaufen. Ferner behauptete er, sei es doch zuerst Sache der Jugendbildner und Seelenerger, falls für die Jugend etwas gegen die Sittlichkeit und den Anstand Verstoßendes an den Figuren auszusetzen sei, auf die Entfernung der letzteren zu dringen, aber dies sei von keiner Seite geschehen. Von zwei Staatsbehörden sei die Klage schon zurückgewiesen und nichts Anstößiges beim Strafschlichter darin gefunden worden. An der Hand verschiedener Beispiele wies der Redner nach, daß im Kunstmuseum, in Kunstgalerien, an öffentlichen Denkmälern, an Kirchen, Brunnen und anderen Kunstwerken durch Darstellung nackter Figuren weit mehr geleistet werde, was wohl geeignet sei, die Schamhaftigkeit zu verletzen und öffentliches Vergerniß zu geben. Die Urtheile dreier bedeutender Rechtslehrer, des Professors W. Fischer, des Herrn Professors Kühle und des Professors v. Lugow, legte weiter der Vertheidiger vor. Alle drei sprachen sich dahin aus, daß in den betr. Nachbildungen durchaus nichts Sittenswidriges enthalte, und daß diese edlen Kunstwerke nicht mit frivolsten, lächerlichen Darstellungen zu vergleichen seien. Sollte eine Freisprechung nicht erfolgen, so beantragte der Vertheidiger das Gutachten dreier Sachverständigen, des Bildhauers Wetters, des Baurats B. Bäume und des Professors Mohr. Das Schöffengericht verurtheilte nach kurzer Berathung den Beschuldigten zu einer Geldstrafe von 50 M. Als strafverschärfend wirkte der Umstand, daß die Ausstellung an einer der belebtesten Straßen und in Nähe der erwähnten Schulen stattgefunden habe. Der Vertheidiger hat gegen das Urtheil Berufung eingelegt.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Aufruf an die Steindrucker und Lithographen Berlins und Deutschlands. Kollegen! Der Streik bei der Firma Ernst u. Komp. ist in ein neues Stadium getreten, indem die Kollegen welche gegenwärtig dort arbeiten, die Arbeit niedergelegt haben, dieselben gehen nunmehr Hand in Hand mit den Streikenden. Kollegen! Jetzt ist es nun unsere heiligste Pflicht, die streikenden Kollegen zu unterstützen, trage jeder sein Scherlein dazu bei, thue jeder seine Schuldigkeit in finanzieller Hinsicht. Wir müssen die Kollegen hoch halten, damit sie der Sache treu bleiben, denn fest müssen wir zusammen halten, dann wird auch hoffentlich der Sieg unser sein. Einig und fest müssen wir die Sache durchsetzen, dann werden wir auch etwas erzielen. Vor allem trete jeder Kollege dem Fachverein bei. Alles Nähere in der am Mittwoch Abend 8 Uhr stattfindenden Versammlung im Etablissement Duggenbagen, Moritzplatz (siehe Inserat heute). Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Adressen sind bei Reich, Alexanderstraße 31; Kreuz, Kottbuser-Platz und bei Schaver, Ader- und Invalidenstrasse Ecke, Sonnabends und Montags Abends von 8-9 Uhr und Sonntags von 9-12 Uhr Mittags.

In der Versammlung der Metallschrauben-Facondreher und verwandten Berufsgeoffenen, welche am 27. Nov. bei Wohlhaupt, Rantewuststraße, tagte, wurde die Ursache des Streiks in der Steigener Fabrik, Melchiorstr. 23, besprochen, und die Gründe, welche den Streik veranlaßt haben, dargelegt. Der Vorsitzende, Herr Jacobs, ertheilte dem Mitgliede der Streik-Kommission, Herrn Baag, des Wort. Derselbe ließ sich dahin aus, daß sieben in der Fabrik beschäftigte Kollegen nicht gewillt waren, des Montags bis 8 Uhr Abends zu arbeiten, weshalb ihre Entlassung verfügt wurde. Dadurch sahen sich die übrigen 57 Kollegen ebenfalls veranlaßt, die Arbeit niederzulegen und Herrn Steigener folgende Bedingungen zu stellen: 1. Humane Behandlung von Seiten des Werkführers. 2. Keine Ueberstundenarbeit. 3. Montags und Sonnabends eine halbe Stunde früher Feierabend und pünktliche Auszahlung des

Lohnes, sowie am Vorabend eines jeden hohen Festes Schluß der Arbeitszeit um 4 Uhr Nachmittags. 4. Gutes Trinkwasser in der Fabrik; da bis jetzt die Arbeiter gezwungen waren, aus dem in der Fabrik befindlichen Reservoir zu trinken. 5. Fehn Minuten nach Beginn der Arbeitszeit soll der Eintritt in die Fabrik noch gestattet werden. 6. Befestigung des Sammelns der Beiträge zum Fachverein; da bis jetzt Herr Steigener nur gestattet hatte, die Gelder für den aus dem Grundfund befindlichen „Budiler“ einzulassen (Der Betreffende ist Bruder des Werkführers!); die Vereinsbeiträge durften auf dem Grundfund des Herrn Steigener nicht einlaffen werden. 7. Schrauben-Facondreher und Berufsgeoffenen dürfen bei 10 Stunden Arbeitszeit pro Woche nicht unter 21 M. verdienen. 8. Gerechte Bezahlung der Affordarbeiten, da bis jetzt bei 70 Stunden Arbeitszeit verschiedene Kollegen nicht im Stande waren, 15 M. zu verdienen, während Andere einen bedeutend höheren Verdienst erzielten und gerade die schlechtest bezahlte Arbeit die größte physische Anstrengung erforderte. Die verschiedenen Redner, welche sich in dieser Angelegenheit zum Wort meldeten, erklärten sich mit diesen Forderungen vollständig einverstanden und bedauerten, daß die Kollegen gezwungen wären, solche Forderungen, welche jeder rechtlich denkende Arbeitgeber seinen Arbeitern von selbst gewähren sollte, noch zu stellen. Herr Steigener hatte sich verpflichtet, mit seinen Arbeitern selbst zu verhandeln und bedauerte, daß sie sich an den Fachverein gewendet hätten. Jedoch war er gezwungen, die Intervention des Vorstandes des Fachvereins zu ermöglichen und wünschte Herr Steigener am Sonnabend, den 28. November, mit seinen Arbeitern unter Aufsicht des Vorsitzenden des Fachvereins, Herrn Jacobs, zu verhandeln, was auch von der Versammlung gutgeheißen wurde. Verschiedene Redner trifteten noch die Zustände in dieser Fabrik, lobten das einmüthige Vorgehen der Kollegen und versprachen Mann für Mann hinter Ihnen zu stehen. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Verhalten der streikenden Kollegen einverstanden und erwartet von der morgen stattfindenden Unterhandlung mit Herrn Steigener, daß sämtliche rechtlichen Forderungen strikte erfüllt werden.

Nachtrag. Wie uns mitgeteilt wird, hat Herr Steigener unter Aufsicht des Sachverwalterfabrikanten Herrn Reiche sämtliche Bedingungen der Arbeiter angenommen und sich schriftlich verpflichtet, davon nicht abzuweichen und den Vorsitzenden des Fachvereins jeder Zeit, wenn ein Kollege beschwerdeführend an ihn herantritt, den Eintritt in die Fabrik zu gestatten, um die Beschwerden zu regeln. Montag, den 30. November, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Hoch lebe die Organisation!

Zur Altersversorgung der Arbeiter. Ueber diese Frage ist zwischen der „Freis. Zig.“ und dem in Leipzig erscheinenden „Gewerkschafter“ eine kurze Polemik ausgebrochen. So schreibt das letztere Blatt in seiner neuesten Nummer: Die „Freisinnige Zeitung“, das Organ des Herrn Eugen Richter, beschäftigt sich recht häufig mit dem „Gewerkschafter“. Besonders Migralien erregen bei dem freisinnigen Blatte unsere Anschauungen über die Altersversorgung der Arbeiter. Wir hatten in Nr. 46 folgendes geschrieben: „Wenn man Großes schaffen will, so muß man auch große Opfer bringen — und eine progressivere Einkommensteuer von vielleicht 200 Millionen wäre für alle die Leute, von Herrn Eugen Richter angefangen bis hinauf zu „König Stumm“, nicht einmal ein sehr großes Requivalenz für alle die Vortheile, welche ihnen der heutige Staat und die heutige Gesellschaft den Arbeitern gegenüber bieten. Also — wenn's gar nicht mit der Herabminderung der Diensthalt geben sollte, nur zugerechnet zu der progressivsten Einkommensteuer, zu den 200 Millionen die überflüssig im Säckel der Reichen stecken.“ — Diese Sätze drückt nun die „Freisinnige Zeitung“ ab und bemerkt dazu folgendes: „Das ist deutlich! Wenn nun aber die „Reichen“ die Dienste des Staates mit dieser neuen Steuer von 200 Millionen jährlich für zu hoch bezahlt halten und sich dem „Zugreifen“ durch Auswanderung entziehen, was dann?“ — Man sieht hier wieder einmal die totale volkswirtschaftliche Unkenntnis des Herrn Richter. Derselbe scheint das Geld und die transportablen Werthsachen für den einzigen „Reichtum“ zu halten. Wenn Richter zum Beispiel auswanderte, so würde dadurch seine Arbeitskraft entwertet, er würde im Auslande nicht den vierten Theil von dem verdienen, was er in Berlin sich zusammenschreibt. Und gar „König Stumm“? Wenn der seine Kohlengruben, seine Bergwerke, seine Fabriken und Maschinen auf seinen Rücken nähme und über die Grenze leuchte, das wäre ein herrlicher Anblick! Oder wenn die Großbesitzer Alles verkaufen, was sie hätten, natürlich auch den Grund und Boden, den sie doch wohl nicht nach Frankreich hinüber schleppen können, dann würden doch die neuen Käufer die progressivsten Steuern zu tragen haben. Und wenn nun gar in der neuen Heimath, in Frankreich, England, überhaupt in den Anklusstaaten zu irgend welchen humanen und volkswirtschaftlichen Zwecken gleichfalls progressive Steuern erhoben würden, die noch höher wären, als in Deutschland, was dann? Dann wanderten die „Reichen“ wieder aus, bis sie bei den Feuerländern oder den Eskimos angelangt wären. Doch genug des Richter'schen Unfugs. Uebrigens hat schon im nordrussischen Reichstage bei Berathung der Gewerbeordnung der damalige Abgeordnete Frische den Abgeordneten Dr. Braun, der auch mit der Auswanderung der Reichen drohte, unter der Heftigkeit des Hauses mit ähnlichen Argumenten, wie wir sie hier vorbringen, glänzend abgeführt. Das hätte Herr Richter wissen können.

In Prag herrscht, wie wir schon mittheilten, große Arbeitslosigkeit. Man schätzt jetzt schon die Zahl der unbeschäftigten Arbeiter auf ca. 8000. Der Stadtrath hat beschloffen, die projektirten öffentlichen Bauten zu beschleunigen. — Sämmtliche Handschuhmacher, 700 an der Zahl, haben die Arbeit gestillt, um Lohnerböhung zu erzielen.

Die Kohlengrubenarbeiter in Südwesthires, welche schon längt den Kampf um eine Lohnerböhung von 10 pCt. in Aussicht stellen, haben nunmehr den Grubenbesitzern diese Forderung zugesichert. Man glaubt nicht an ein Nachgeben der letzteren und so dürfte der Streik eintreten und zwar über die ganze Gegend. Dieser Streik würde mindestens 200 000 Menschen in Mitleidenschaft ziehen.

Ueberproduktion. Dies Wort lesen wir fast täglich in den Zeitungen; es hat trotzdem es im Allgemeinen wohl kaum eine Ueberproduktion giebt, weil die Menschen die angefallenen Waaren leicht konsumiren könnten, dennoch im wirtschaftlichen Sprachgebrauch das Bürgerrecht erlangt. Man könnte ebensogut von Unerkennung reden. Die meisten Konsumtionsbedürftigen Menschen besitzen allzu geringe Kaufkraft, um die Konsumtion mit der Produktion in Einklang zu bringen. Und nur in diesem Sinne kann von einer Ueberproduktion die Rede sein. Brauchen wir also das landläufige Wort, so soll es auch nur nach vorstehender Bedeutung aufgefaßt werden.

Fleisch von an der Lungenseuche erkranktem Vieh wird meist von den Thierärzten für genießbar erklärt und dann natürlich unbehandelt verkauft. Die wissenschaftlich gebildeten Aerzte sind jedoch anderer Ansicht und halten solches Fleisch der Gesundheit des Menschen für gefährlich. Man müßte also mindestens von den Verkäufern gleichgültig verlangen, daß sie das Fleisch von kranken Kühen deutlich als solches bezeichnen, damit die Käufer selbst entscheiden können, ob sie solches Fleisch essen wollen oder nicht.

Die Bierbrauereien werfen gerade in diesem Jahre hohe Dividenden ab. So gabt die Aktienbrauerei zu Pforten bei Gera 13 1/2 Prozent. Nicht unkonst bezeichnend deshalb der Volkemund verschiedene Aktienbiere mit dem Schmeichelnamen: Dividendenjauche.

Die Vertreter der Fachvereine in Leipzig haben in der bekannten Frage des Maximalarbeitstags erklärt, daß jedes Vorgehen, welches im Volke darüber Zweifel aufkommen lassen könnte, ob der Maximalarbeitsstag mit voller Begründung anzutreten sei, der gewerkschaftlichen Bewegung nur Schaden könnte. Wir sind derselben Ansicht. Wenn gleich wir wissen, daß der „Normalarbeitsstag“ kein Normalheilsmittel für die Arbeiter ist, so wird er doch dazu dienen, dem Arbeiter eine freiere und bessere wirtschaftliche Stellung erringen zu helfen, ihn materiell besser zu stellen und im wirtschaftlichen Kampfe ihn zu stärken. Das treffliche aus dem Französischen übernommene Sprichwort: „Der Appetit kommt beim Essen“ wird sich auch hier wieder bewähren. Man braucht also vom Maximalarbeitsstag keine Wunderdinge zu erwarten, um dennoch mit voller Begierde für ihn einzutreten; auch ist es bekannt, daß bei jedem Kampf um etwas Erhebliches ab und zu Uebertreibungen mit einlaufen, doch sind dieselben bislang so gering und bedeutungslos gewesen, daß die Arbeiter voll und ganz im Rechte sind, wenn sie einen „kalten Wasserstrahl“ in dieser Angelegenheit, er möge von einer Seite kommen, von welcher er wolle, energisch zurückweisen.

Wenn das Wort „Lohnslaverei“ einmal gebraucht wird, so spricht man gleich von großer Uebertreibung, obwohl in unserem wirtschaftlichen System dies Wort sicherlich seine Berechtigung findet. Aber auch bei einzelnen Vorfällen dürfte dieses Wort speziell am Platze sein. Ein in einer größeren Fabrik des Fürstenthums Neuchâtel beschäftigter Arbeiter hatte längere Zeit auf einem sogenannten schmalen Stuhl gearbeitet und beim besten Willen täglich nicht mehr als 70 Pf. verdienen können. Eines Tages wird gerade neben ihm ein breiterer Stuhl aufgestellt, auf dem bessere Arbeit verrichtet werden kann. An diesen Stuhl stellt der Direktor eine weibliche Arbeitskraft, während der mit starker Familie besetzte Arbeiter die geringere Arbeit weiter verrichten muß. Beshwerend während richtet sich nun der Arbeiter an den Fabrikherrn, der ihn auch wohlwollend empfängt und Abhilfe verspricht. Der Direktor aber faßt die Sache anders auf und sprach von der Ungezogenheit des Arbeiters, dem dann ohne viel Federlesens und ohne daß man von einer weiteren Intervention des Fabrikherrn hörte, gekündigt wurde. Liegt in solchem Verfahren nicht ein stillschweigendes Lohnslaverei? Es ist überhaupt eine Thatsache, daß sich zahlreiche humane Fabrikherren hinter ihren Direktoren zurückziehen, die dann das sogenannte „warme Herz“ für die Arbeiter aus Gründen der Ordnung und Disziplin, „im Interesse des Dienstes“ verleugnen zu müssen vorgeben.

Vereine und Versammlungen.

Öffentliche General-Versammlung sämtlicher Drehschleifer und verwandten Berufsgenossen Donnerstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Grattweil, Kommandantenstraße 77-79. Tagesordnung: „Rückblicke auf unsere Lohnbewegung, und wie schaffen wir uns einen Generalfonds.“ — Die ausgegebenen Quittungslisten müssen schleunigst zurückgegeben werden.

h.s. Die öffentliche Generalversammlung der Berliner Maurer, welche am Sonntag Vormittag unter dem Vorsitz der Herren Wille und Scheel in der „Tonhalle“ stattfand und sehr zahlreich besucht war, beschloß sich mit der endgültigen Beschlußfassung über die im nächsten Frühjahr zu fordernden Arbeitsbedingungen der hiesigen Maurer. Als Referent begründete Herr Behrend unter allgemeiner Zustimmung der Anwesenden die bekannten Forderungen. Der Redner betonte dabei, daß demnächst eine als notwendig zu erachtende Herabsetzung der täglichen Arbeitszeitdauer in Erwägung gezogen werden müsse. Auch richtete er an alle Berliner Gewerkschaften die eindringliche Aufforderung, endlich ausnahmslos dem „Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer“ beizutreten. Hieran reichte sich eine dem Referenten durchaus zustimmende Diskussion, an der sich besonders Herr Reg.-Baumeister Kessler und die Herren Rod, Scheel, Wehse, Wittstodt beteiligten, worauf schließlich eine Reihe von Unterstützungs-gesuchen erledigt wurden und ein Antrag des Herrn Behrend zur Annahme gelangte, wonach Kranken-Unterstützungsgesuche resp. Anträge auf Krankenunterstützung künftig nicht mehr vor die Generalversammlungen der Maurer gebracht resp. nicht mehr von denselben erledigt werden können. Die Ausführungen des

Referenten und der nachfolgenden Redner decken sich mit der nachstehenden, einstimmig angenommenen Resolution: „In Erwägung, daß nach den Berliner Verhältnissen ein Stundenlohn von 50 Pf. für die Maurer nicht nur als eine gerechte Forderung zu betrachten ist, sondern kaum zur Befriedigung der erheblichsten Bedürfnisse ausreicht, sowie in Erwägung, daß die bessere Bezahlung der Arbeit die Konjunktionsfähigkeit der Arbeiter steigert und dies für die gesamte Geschäftswelt von Vorteil ist; in fernerer Erwägung, daß nicht nur unsere bekannte Forderung vom 17. Juni d. J. von Seiten des Bundes der Baugewerksmeister unberücksichtigt gelassen ist, sondern daß derselbe durch sein Pres.-Organ gegen die in friedlichen Verhandlungen sich bereit erklärende Kommission auch alle nur erdenklichen Verleumdungen in die Welt geschleudert und durch sein Organ die Klust zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erweitert und jedwede friedliche Verhandlung über unseren Streik thatsächlich verhindert hat; in endlicher Erwägung, daß es unter der Würde eines ehrlichen Arbeiters ist, mit derartigen Elementen zu verhandeln, beschließt die heutige Generalversammlung wie folgt: 1. Wir verlangen im nächsten Frühjahr die Festsetzung des Lohnes für Maurer auf 50 Pf. für die Stunde. 2. Die Lohnkommission ist ermächtigt, mit einer von sämtlichen Baugewerkschaften zu wählenden Kommission zu verhandeln. 3. Von der Verhandlung mit der Innung „Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister von Berlin“ nehmen wir Abstand. 4. Jedem Berliner Baugewerkschafts-Inhaber wird diese Resolution brieflich zugefandt.“

h.s. Zur endgültigen Konstituierung der Gewerkschaft der Metallarbeiter Berlin und Umgegend fand am Sonntag, Vormittags, Neue Schönhauserstraße 20 eine von der gewählten Statutenberathungs-Kommission einberufene öffentliche Versammlung der Metallarbeiter unter dem Vorsitz der Herren Klein und Günther statt. Nachdem der Vorsitzende im Namen der Kommission den Bericht über die Thätigkeit derselben erstattet und u. A. mitgeteilt hatte, daß nun endlich nach mehrwöchentlichem Harren und nach Ueberwindung aller Weisheitsleiten des Geschäftsganges die Genehmigung des der Behörde eingereichten Statuts erfolgt sei und zur Konstituierung der neuen „Vereinigung der Berliner Metallarbeiter“, sowie zur Wahl ihres Vorstandes geschritten werden könne, forderte der Referent unter Hinweis auf die gegenwärtig schon wieder in vielen Fabriken, wie z. B. auch bei Schwarzlopf, stattfindenden Lohnreduktionen und Arbeiterentlassungen zum allgemeinen Eintritt in die Gewerkschaft auf. Hieran reichte sich eine lebhafte Diskussion, in welcher die traurigen Arbeitsverhältnisse, die besonders in größeren Fabriken vorherrschen, geschildert wurden. In den Vorstand wurden gewählt die Herren Otto Klein zum ersten, Günther zum zweiten Vorsitzenden, Wolff zum ersten und Bredow zum zweiten Kassierer, Fahrenwald und H. Beyer zu Schriftführern, Hannover, Schindler und H. Beyer zu Ersatzmännern, Gutheit, Eitelberg und Jungnick zu Revisoren. Mit Hochrufen auf das Gedeihen der neuen Vereinigung schloß die Versammlung.

Neber Arbeiter-Bezirks-Vereine und Arbeiter-Bildungs-Vereine wird Herr Robert Platom heute Abend im Arbeiter-Bezirks-Verein für den Osten sprechen. Herr Pl. wird damit Denjenigen, welche gegen seine Ausführungen im „Sprechsaal“ des „Berliner Volksblatt“ aufgetreten sind, Gelegenheit zur Diskussion geben. Er ladet sowohl die Freunde wie auch die Gegner des neu gegründeten „Volksbildungs-Vereins“ zu dieser Versammlung ein.

h. Neben der hiesigen Glaser-Innung hat sich nunmehr auch ein Verein selbstständiger Glasermeister Berlin und Umgegend konstituiert, über dessen Zweck und Bestrebungen das Vereinsstatut folgende Auskunft giebt: Wir wollen die Zusammengehörigkeit der selbstständigen Glaser, das Verbot der gemeinsamen Interessen, das Zusammenstehen in Noth und Gefahr und die gegenseitige Unterstützung. Dieses Alles bietet uns die alte bestehende Innung nicht. Wir wollen versuchen, das geschwundene Ansehen, das unser Handwerk ehemals genoss, von Neuem zu erlangen und uns bemühen, unser Handwerk im besonderen zu heben, und sind demzufolge die Zwecke des Vereins wie folgt präzisirt: 1. Hebung des Glaserhandwerks im Allgemeinen. 2. Gründung einer Unterstützungs-kasse in Form von Darlehen bei eintretenden Unglücksfällen. 3. Wöchentliche Befestigung des bestehenden Hauswesens. 4. Regelung des Glaserlohnens der Glasbändler an Privatleute. — Vorsitzender des Vereins ist Herr Regeband.

Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 1. Dezember, Sitzung. Tagesordnung: Wie stellt sich der Verein

zu der im nächsten Jahre in Paris stattfindenden internationalen Arbeiter-Industrie-Ausstellung, und würde derselbe solche Mitglieder, welche auszustellen wünschen, hierin unterstützen? **Öffentliche Arbeiterinnen-Versammlung** Dienstag, den 1. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im „Salon zum deutschen Kaiser“. Tagesordnung: Vortrag des Herr Dr. Stahn über „Die Geschichte des Menschen.“ Herren haben Zutritt. Eintritt zu dem am 5. Dezember stattfindenden Ränzchen sind an der Kasse zu haben.

Stenographische Gesellschaft nach Stolze. Dienstag, den 1. Dezember, Abends 9 Uhr, im Gasthaus „Zum Augustiner“, Leipzigerstr. 59, geschäftliche Sitzung.

Arbeiter-Bezirks-Verein für den Osten Berlin, Dienstag, den 1. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Keller's Lokal, Andreasstr. 21. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Vereinswesen“. 2. Diskussion. 3. Rückblicke auf die Kommunal-Wahl. 4. Verschiedenes. 5. Fragelasten. Nach Mitgliedern werden aufgenommen. — Gäste haben Zutritt. In dieser Versammlung gelangt der Vereins-Kalender für 1886 zur Ausgabe; derselbe wird jedoch nur gegen Bezahlung der Mitgliedskarte verabfolgt. — Die Mitglieder werden dringend eruchtet, Wohnungsänderungen dem Kalender zu melden. Legter Termin zur Ablieferung der Beitrittslisten.

Vermischtes.

Zürich. (Die Mode der Damen.) Papageien und andere geflügeltes Geflügel auf den Hüften zu tragen, hat schon zu unangenehmen Raubanfällen Veranlassung gegeben. Gestern legten zwei Damen ihre Garderobe in einem Gartenhäuschen ab, gewohnheitsmäßig den Vogelbut oben auf. Zwei Raben, die sich spielend im Gebüsch amüßten, benutzten die Gelegenheit, stürzten sich in einem Satz auf die Vögel und machten sich mit dieser Beute, wozu auch der Hut gehörte, fort. Einige Stunden später wurden die verkauften Hüte wieder entleert, aber die Papageien waren verschwunden.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“, Stuttgart, Verlag von J. G. B. Dietz, ist soeben das zwölfte Heft des 3. Jahrgangs erschienen.

Inhalt: Abhandlungen: Die Entziehung des Wahlrechts. Von A. Kautsky. — Der Getreidehandel der Vereinigten Staaten. V. Von Paul Lafargue. — Die Scholle. Von Robert Schweißel. — Ein österreichisches Gelehrten-Heinrich Mandl. — Die Fabrikation chemischer Düngemittel in Leipzig. Von Dr. Max Duard. — Volkliche Korrespondenz. — Notizen: Das Gelingen des Panamafanals. — Die Verwendung von Maschinen in der Landwirtschaft. — Der merksal in den Vereinigten Staaten.

Von „Mode und Haus“, Praktische Illustrirte Zeitschrift (John Scherwin's Verlag Aktiengesellschaft W. F. F. Straße 22), ist soeben Nr. 5, 28 Seiten umfassend, erschienen. Aus dem mit 35 Illustrationen versehenen, die neuen Moden handarbeiten — Dessins und Weihnachtsarbeiten darstellenden Hauptblatt, dessen Inhalt durch einen sachkundigen Redakteur von Emmy Heine eingeleitet ist, verdient eine aus 5 Jahren zusammengelegte Gruppe, welche in geschmackvollem Arrangement ein entzückendes Tailien-Ensemble aufweist, hervorgehoben zu werden. Die rein illustrierte belletristische Seite von „Mode und Haus“ erzieht durch eine Fülle abgezeichnet interessanter Aufsätze, geistreicher Plaudereien, Novellen, Studien und Sentenzen. In dem fürs Haus bestimmten „Reinigungs-kalender“ verbundenem Theil der Zeitschrift bilden die Frauenbilder, Blicke für die Hausfrau und die den Erziehungsweisen und der Gesundheitspflege gewidmeten Artikel das Interesse der Damenwelt in erster Reihe fesseln.

Briefkasten der Redaktion.

E. S. Der Berliner Magistrat besteht zur Zeit aus 17 Mitgliedern, davon sind 17 besoldet, 16 unbesoldet. Nach dem amtlichen Zusammenstellen befinden sich unter den 16 unbesoldeten Stadträthen ihrem Beruf nach: 1 Direktor im Reichspostamt, 1 Igl. Eisenbahn-Direktor, 1 Rentier, 1 Baumeister, 1 Hoftheater, 2 Fabrikbesitzer, 3 Kaufleute und 3 Holzbändler, während bei 3 Stadträthen kein besonderer Beruf angegeben ist.

Zu beziehen durch die Expedition Zimmerstr. 44.

Sorten ist erschienen:

Der Neue Welt-Kalender für 1886.

Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor: Vergleichende statistische Uebersicht der deutschen Reichstagswahlen von 1881-1884. — Moorland. Erzählung von Rob. Schweißel. — Matrosen-Philosophie. Von Reinhold Werner. — Gisterns, Someten und Sturzknappen. Von Odo. Richter. — Proben im Wald. Erzählung von W. Jensen. — Der Schlangemeister. Erzählung von D. Clampoll.

Als Gratisbeilagen:

1. Der erste Junik.	3. Welche gefällig?
2. Der alte Berier.	4. Aber Herr Nachbar?

1 Wandkalender.

Preis 50 Pfennig.

Stuttgart. J. G. W. Dietz.

Zu haben in der Expedition Zimmerstr. 44.

Verein der Bau-Anschläger.

Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich Sebastianstr. 50 bei D. P. a. p.

Bürsten- und Pinsel-Fabrik von W. Heyfelder,

Nr. 7, Dresden-Strasse Nr. 7,

empfehlen sein eigenes Fabrikat zu soliden Preisen. Feinst- und Staub-Kämme in Gummi, Horn und Elfenbein. Fensterleder, Schwämme, Zahn- und Nagelbürsten. Spezialität: Pfaffen-Pfesen zur Straßen-, Hof- u. Stall-Reinigung.

Verantwortlicher Redakteur H. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Die von Mitgliedern des Fachvereins der Schneider gegründete

Produktiv- u. Rohstoff-Genossenschaft der Schneider zu Berlin

(Eingetragene Genossenschaft)

No. 30 ZIMMER-STRASSE No. 30

empfehlen ihr Lager fertiger Herren-Garderobe, sowie ihr reichhaltiges Lager in- und ausländischer Stoffe, ebenfalls Borte und Knöpfe. **Herren-Garderoben jeder Art werden nach Maß angefertigt. Reelle Arbeit. Dauerhafte Stoffe. Feste Preise.**

Mitte genau auf Strasse und Nummer zu achten.

Der Vorstand und Verwaltungsrath.

August Herold

Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112.

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren-Magazin.

Eigene Fabrik. Solide Preise. Prompte Bedienung.

Einem geehrten Publikum empfehle mein

Weiß- & Bairisch-Bier-Lokal.

Reichhaltiger Abendtisch. Zimmer für kleine Gesellschaften.

2345] Küstungsbooll

Julius Henke, SW. Hornstraße 11. SW.

nahe der Rüdernstraße.

Reichhaltiger kalter und warmer Frühstückstisch, Mittagstisch u. 12-2 Uhr mit Bier & Kouvert 30 Pf.

en gros. **Cigarren- u. Tabak-Handlung en détail.**

Fritz Goercki

Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Einde.“)

Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupftabake. Reich assortirtes Lager sehr türkische, russische und amerikanische Cigaretten und Tabake. Acht Nordhäuser Kautabake.